

Brasilicum

Bundesweiter Zusammenschluss der Brasiliensolidarität

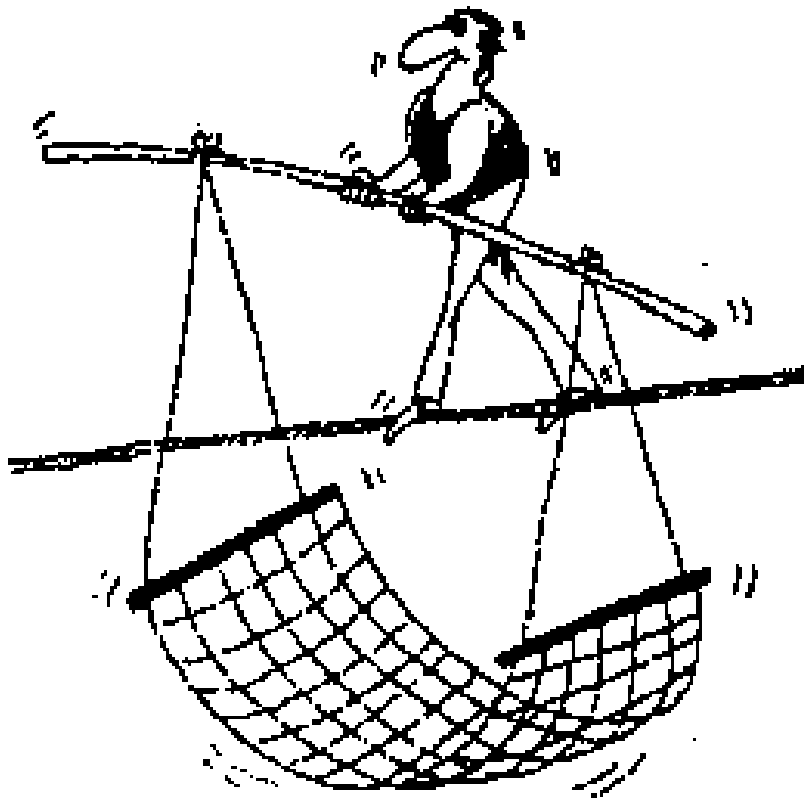
Aktuelle Nachrichten aus Brasilien

Eine Initiative des "Runder Tisch Brasilien"

herausgegeben von: Kooperation Brasilien e.V.

Alle Jahre Lula?

Sozialpolitische Zwischenbilanz nach sechs Regierungsjahren



Quelle: www.fledermaus-hoert.de

Sonderheft - Dezember 08/Januar 09 177/178

EDITORIAL	3
FINANZKRISE	4
Den Crash überleben - Brasiliens Weg aus der Finanzkrise	4
SOZIALE ENTWICKLUNG	
Wirtschaftliche Entwicklung: Viel Licht und einige Schatten	6
Exkurs: Die Milleniums-Entwicklungsziele	8
Soziale Ungleichheit in Brasilien wächst weiter	10
Exkurs: Index der menschlichen Entwicklung	11
Spekulationspreise bremsen die Agrarreform in Brasilien aus	14
FAMILIENSTIPENDIUM / NULL-HUNGER	16
Sozialgeldtransfer „Programa Bolsa Familia“ (Familienförderung)	16
IBASE-Studie zu Ernährungssicherung durch Familienstipendium	18
BILDUNGSPOLITIK: Die Zukunft der Ausbildung in Brasilien	20
GESUNDHEITSWESEN	22
Laut WHO ist Brasilien beispielhaft in der medizinischen Grundversorgung	22
Gesundheitssystem enthüllt zum 20. Jubiläum Defizite	24
Lula fordert die Pharma-Industrie heraus	24
FRAUENPOLITIK	26
Ermordung einer Frau vor aller Augen – Was Eloá uns sagen will	26
Studie zu Diskriminierung aufgrund ethnischer Herkunft und Geschlechtszugehörigkeit.	28
UMWELTPOLITIK	28
Brasiliens Umweltpolitik nach dem Rücktritt Marina Silvas	28
Energie- versus Umweltpolitik?	30
RASSISMUS - VERSTECKTE DISKRIMINIERUNG	32
Sozialindikatoren für AfrobrasilianerInnen	32
ARMUT UND HUNGER	35
Soziale Fortschritte und weiter große Armut	35
ZIVILGESELLSCHAFT UND INTERNATIONALE KOOPERATION	38
Vom Nord-Süd zum Arm-Reich-Gegensatz	38



Alle Jahre Lula? Sozialpolitische Zwischenbilanz nach sechs Regierungsjahren

„Am Ende meiner Amtszeit sollen alle Menschen in Brasilien drei Mahlzeiten am Tag essen können“ - dies war 2003 das Antrittscredo des brasilianischen Präsidenten Lula. Inzwischen sind fast sechs Jahre vergangen. Wie haben sich die Sozialindikatoren Brasiliens während dieser Zeit verändert? Welche Instrumente der Sozialpolitik hat die Regierung genutzt und was konnte sie mit ihnen erreichen? Leisten Projekte wie die Umleitung des Rio São Francisco einen aktiven Beitrag zur Sozialentwicklung Brasiliens?



Lula Präsident - Nimm Brasilien in Besitz.

Foto: Pablo Valadares - Quelle: www.oglobo.com

Diese Ausgabe des Brasilicum bildet einen Schwerpunkt zur Sozialpolitik Brasiliens, und dient gemeinsam mit dem Sonderheft zum Rio São Francisco von Oktober 2008 auch als Vorbereitungsmaterial für die TeilnehmerInnen der Tagung des Runden Tisches Brasilien. Auf der Tagung wollen wir die Sozialpolitik Lulas unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachten und zu internationalen Indikatoren in Bezug setzen. Nicht zuletzt geht es uns darum, die Rolle der Zivilgesellschaft und der internationalen Kooperation für die Sozialentwicklung zu beleuchten.

Die Texte können selbstverständlich nicht die ganze Breite der Thematik wiedergeben. Die Tagungsteilnehmer können sich auf dem Seminar mit weiteren Analysen und Betrachtungen auseinandersetzen und verschiedene Positionen diskutieren.

Mit solidarischen Grüßen,

Kirsten Bredenbeck



Den Crash überleben - Brasiliens Weg aus der Finanzkrise

DIES IST DIE GEKÜRZTE FASSUNG DES ARTIKELS VON BRASILINFO, NOVEMBER 2008, VON JOCHEN STEINHILBER, FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG SÃO PAULO.

Im Oktober wurde der brasilianische Finanzmarkt von starken Erschütterungen erfasst. Ähnlich wie andere Schwellenländer braucht Brasilien zwar keine ausländischen Kredite mehr. Seine Volkswirtschaft ist insgesamt jedoch noch Netto-Schuldner und damit auch empfindlich gegenüber dem raschen Abzug großer Mengen Kapitals. Die starke Aktienhausse in den vergangenen Jahren wurde nicht zuletzt durch den massiven Zufluss von Kapital aus dem Ausland getrieben, das nun teilweise wieder abgezogen wurde und kurzfristig nicht kompensiert werden kann. Der Index der Börse in São Paulo BOVESPA stürzte allein an einem Tag um zehn Prozent ab und fiel binnen eines Monats um 30% – ein noch brutalerer Fall als der des Dow Jones – und erholt sich seitdem nur langsam. Der Real verlor gegenüber dem Dollar 32% und ist heute nach wie vor ein Fünftel schwächer als im September. Auch werden die Kredite bereits knapper und das Misstrauen zwischen den Banken wächst. Doch der Verfall sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass Brasilien heute besser gerüstet ist als in den vergangenen Krisen. Das Land hat seine Schulden beim IWF vorzeitig getilgt, die Auslandsschulden insgesamt von 42% des BIP (2002) auf 15% (2007 – rund 200 Milliarden US-\$) reduziert, die Inflationsrate trotz eines leichten Anstiegs in den letzten Monaten auf niedrigem Niveau gehalten sowie auf die stetigen Kapitalzuflüsse reagiert, indem es 204 Milliarden US-\$ Devisenreserven angesammelt hat. 2008 erklärte sich Brasilien damit zum internationalen Gläubiger, und nachdem der "spread", der Aufschlag für das Länderrisiko, stetig

gefallen war, gab es im Frühjahr dieses Jahres die lang erhoffte Belohnung: Die großen Ratingagenturen verliehen Brasilien einen "Investmentgrade", durchaus ein Erfolg, denn Reputationen von ehemaligen Bankrottstaaten, die erst 2002 in ihrer letzten Finanzmarktkrise steckten, ändern sich meistens nur langsam. Heute zählt das Land laut UNCTAD zu den fünf beliebtesten Investitionsstandorten weltweit. Neben den guten Fundamentaldaten sprechen auch die Struktur und das Management des brasilianischen Finanzsektors dafür, dass für Brasilien die Sache glimpflicher ausgehen könnte als für eine Reihe seiner lateinamerikanischen Nachbarn. Der Bankensektor und der Kreditmarkt in Brasilien sind stärker als in anderen Ländern durch nationale Institute geprägt. Die Refinanzierung erfolgt in erster Linie über den nationalen Markt, brasilianische Banken haben nur geringe Verbindlichkeiten im Ausland. Öffentliche Banken spielen mit knapp 40% Prozent des Kreditvolumens eine große Rolle und nur 30% der Bankeinlagen sind in ausländischem Besitz. Bereits seit 1995 müssen die Banken relativ hohe Sicherungseinlagen bilden. Ein Zusammenbruch einer brasilianischen Großbank ist im Zusammenhang mit der Krise nicht zu erwarten. Die Liquiditätsschwierigkeiten konzentrieren sich ausschließlich auf kleinere Institute. Zwar hat die Zentralbank, um den Real zu stützen, Anfang Oktober interveniert und zum ersten Mal seit fünf Jahren Dollar verkauft. Insgesamt hat sie bisher jedoch nur rund 4% ihrer Reserven auf den Märkten eingesetzt.

Unter allen Umständen will die brasilianische Zentralbank verhindern, dass der Eindruck entsteht, dass sie Dollars opfern würde, um den Real zu stützen, da dies die Spekulation gegen die brasilianische Währung befördern würde. Die brasilianische Wirtschaft wird sich auf einen schwächeren Real einstellen müssen und das sind nicht unbedingt schlechte



Nachrichten. Die nur langsame Entspannung auf dem Börsenparkett in São Paulo deutet darauf hin, dass die Höhenflüge am brasilianischen Aktienmarkt erst einmal vorbei sind. Doch ist es wenig wahrscheinlich, dass aus den Turbulenzen auf den Finanzmärkten eine Währungs- oder gar Staatskrise in Brasilien erwächst.

Dennoch wird sich das Land nicht gegen ein Übergreifen der Krise auf die brasilianische Wirtschaft immunisieren können. Gefährlich sind die vielfältigen Übertragungswege der Krise in die Realökonomie. Aus brasilianischer Sicht zählen hierzu in erster Linie die Verengung der Kreditlinien, ein möglicher Rückgang der Kapitalzuflüsse, die Derivatgeschäfte der Unternehmen sowie das generell eher düstere Szenario für die Weltkonjunktur.

Das Kreditvolumen hat sich im September und Oktober stark verengt. Kurzfristig bekommt dies in erster Linie die Automobilindustrie zu spüren, deren Fahrzeugabsatz im Vergleich zum Vormonat um 11% einbrach, sowie die Agrarwirtschaft, die mit Blick auf die neue Saison Schwierigkeiten hat, Kredite für den Kauf von Dünger und Pestiziden zu finden. Mittelfristig besteht die größte Sorge darin, dass sich die Binnenkonjunktur abschwächen könnte. Mit einem Paket an Maßnahmen versucht die Regierung die Engpässe zu beheben: So erhält die staatliche Entwicklungsbank BNDES 4,5 Milliarden Dollar, um angeschlagenen Unternehmen zu helfen, 1,5 Milliarden stellt der Staat über die Banco do Brasil zur Finanzierung von Autokäufen bereit und mit einer Kreditlinie von rund fünf Milliarden soll den Agrarunternehmen geholfen werden. Insgesamt ist zu erwarten, dass die eher konservative Struktur des brasilianischen Finanzsektors sowie die große Bedeutung des öffentlichen Sektors für die Kreditvergabe einen gewissen Schutz vor der internationalen Kreditklemme bieten und deren direkte Auswirkungen auf Brasilien etwas abgefedert werden können.

Eine Reihe von Unternehmen mussten jedoch große Verluste in Geschäften mit Währungsderivaten verbuchen. Das ganze Ausmaß der Kontrakte in der brasilianischen Wirtschaft ist bisher noch nicht bekannt. Allein der Zellulose-Hersteller Aracruz verlor eine Milliarde US-\$, Sadia, einer der größten Nahrungsmittelkonzerne Brasiliens, 500 Millionen US-\$. Schätzungen zufolge könnten sich die Verluste insgesamt auf rund 30 Milliarden Dollar belaufen. Insgesamt werden im kommenden Jahr voraussichtlich rund 350 Milliarden Dollar weniger in die Schwellenländer fließen. Allerdings besteht in Brasilien die Hoffnung, dass das Vertrauen in die Wirtschaft weiterhin hoch ist und die Auswirkungen auf die langfristigen Investitionen sich in Grenzen halten.

Brasiliens Ökonomie ist stärker diversifiziert als die seiner Nachbarn, dennoch machen Primärgüter ungefähr die Hälfte des brasilianischen Exports aus. In Folge einer weltweiten Rezession könnten nicht nur die Preise für Rohwaren weiter sinken, sondern auch die Nachfrage nach verarbeiteten Produkten zurückgehen – der anderen Hälfte des brasilianischen Exports.

Der derzeit schwache Real könnte die Nachfrage nach brasilianischen Gütern befördern, der Rückgang könnte damit schwächer ausfallen als in anderen Ländern. Durch die breite Basis des Wachstums, durch öffentliche Konjunkturprogramme und anhaltenden privaten Konsum wird Brasilien wahrscheinlich ein Abgleiten in eine Rezession verhindern können, allerdings wird es sein anvisiertes durchschnittliches Wachstum von 5% in 2009 kaum erreichen. Mit nun prognostizierten 3,6% für 2009 landet das brasilianische Wachstum jedoch weicher als andere rezessionsgeplagte OECD-Länder.

Brasilien hat gegenwärtig den Vorsitz in der G20 der Finanzminister und Notenbankchefs. Deren jährliches Treffen Ende



letzter Woche in São Paulo sollte konkrete Vorschläge umreißen, die dann für die Verhandlungen auf dem Weltfinanzgipfel in Washington am 15. November dienen sollten. Zwei Fragen standen im Mittelpunkt: Mit welchen Maßnahmen kann der akuten Krise effektiv begegnet werden, und wie kann die internationale Finanzarchitektur robuster gestaltet werden, um zukünftig Krisen zu vermeiden?

Im Kern läuft der Vorschlag auf eine Stärkung der Weltbank und des IWF hinaus, allerdings mit deutlich mehr Einfluss für die Schwellenländer in beiden Institutionen. Die nächste Etappe der Quoten-

reform im IWF, die für 2013 vorgesehen war, soll aus Sicht Brasiliens vorgezogen werden, der Fonds ein Mandat zur "Supervision" der Volkswirtschaften erhalten und die Länder verpflichtet werden, jedes Jahr einen Bericht über die nationalen Fortschritte bei der Finanzmarktregulierung zu verfassen, wie dies bereits in den Bereichen Menschenrechte und Handel der Fall ist. Außerdem schlägt Brasilien vor, aus dem Treffen der Staatschefs in Washington ein dauerhaftes Forum für wirtschafts- und finanzpolitische Fragen zu machen und die G20 so mit einem Upgrade zu versehen. _____

Wirtschaftliche Entwicklung: Viel Licht und einige Schatten

VON THOMAS FATHEUER, AUS: POLITISCHER JAHRESBERICHT 2007/2008 DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG, SEITEN 4-7, AUSZÜGE, 2008.

Die Popularität Lulas beruht sowohl auf den Sozialprogrammen wie auf der für Brasilien außerordentlich positiven wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre. 2007 wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 5,4 Prozent, im ersten Quartal 2008 sogar um 5,8 Prozent. Auch wenn es aufgrund der internationalen Rahmenbedingungen zu einer leichten Konjunkturdämpfung kommen kann, gehen alle Voraussagen von einem Wachstum um die 5 Prozent aus. Das brasilianische Wirtschaftswunder unter der Regierung Lula stärkt den Konsum breiter Bevölkerungsschichten. Und die Sozialprogramme unterstützen die Ärmsten.

Die Ergebnisse sind deutlich messbar. Nach Angaben des Forschungsinstituts IPEA hat sich die Ungleichheit in der Einkommensverteilung seit 2002 um 7 Prozent verringert. Die deutlich über der Inflationsrate liegende Steigerung des

Mindestlohns (von R\$ 200 im Jahre 2002 auf R\$ 415 im Jahre 2008) trägt laut IPEA entscheidend zum überproportionalen Anstieg der Einkommen der unteren Lohngruppen bei. Dies führte auch zu einer Verbesserung des Gini-Koeffizienten, der die Einkommenskonzentration misst. In den Großstädten Brasiliens fiel er von 0,54 auf 0,52. Laut IPEA-Präsident Marcio Pochmann dürfte Brasilien zum Ende der Regierung Lula auf einen Gini-Koeffizienten von 0,49 kommen, der geringste seit 1960 (Wert für Deutschland: 0,29). Für Pochmann sind diese Verbesserungen allerdings kein Grund zum Jubeln. Jeder Index über 0,45 ist für ihn „wild und primitiv“: „Wir sind weit davon entfernt, ein weniger ungerechtes Land zu sein“.

Zwei dunkle Wolken erscheinen deutlich sichtbar am Horizont. Die eine beunruhigt bisher eher die Ökonomen als die Bevölkerung. Nach Jahren des Überschusses kippt 2008 die Zahlungsbilanz. Und das Defizit wächst schneller als erwartet. Nach Schätzungen der Zentralbank vom Juni 2008 wird dieses Jahr mit einem Bilanzdefizit von 22 Milliarden US-Dollar enden. 2006 gab es einen Überschuss von 13 Milliarden US-Dollar. Hauptgrund für die verschlechterte



Zahlungsbilanz ist die Reduzierung des Außenhandelsüberschusses. Nach Schätzungen der Zentralbank dürfte er von 16 Milliarden US-Dollar auf 8 Milliarden im Jahr 2008 fallen. Gleichzeitig verdoppelt sich der Gewinntransfer von 8 auf 15 Milliarden US-Dollar. Hauptgrund für diese Entwicklung ist die Aufwertung des Reals in den letzten Jahren, der das Anwachsen der Importe begünstigte. Besorgniserregend werden diese Zahlen aber erst bei einer genaueren Analyse. Die Gesamtzahlen verdecken die Tendenz, dass der industrielle Sektor Brasiliens eine drastische Wandlung vollzieht. Das Wirtschaftsinstitut IEDI zeigt, dass aus dem Außenhandelsüberschuss der Industrie von 5,5 Milliarden US-Dollar im ersten Quartal 2007 ein Defizit von 179 Millionen US-Dollar im 1. Quartal 2008 geworden ist. Damit wächst die Bedeutung des Agrobusiness für die brasilianischen Exporte. "Der Außenhandel der brasilianischen Industrie ist nun ganz stark abhängig von Sektoren niedriger Technologie" (Sergio Almeda Gomes, IEDI nach FdSP vom 20.05.2008).

Hier wird eine lange befürchtete Entwicklung deutlich. Das brasilianische Wirtschaftswunder beruht zusehends auf dem Agrobusiness und der damit direkt verbundenen Industrie (Zellulose, Ethanol). Die brasilianische Wirtschaft profitiert zunehmend von den hohen Weltmarktpreisen für Agrarprodukte und Rohstoffe, aber wenig von der Entwicklung der verarbeitenden Industrie. Bisher konnten die Einbrüche im Außenhandel durch das Anwachsen des internen Konsums kompensiert werden. Ob das langfristig funktioniert, ist fragwürdig.

Die zweite dunkle Wolke überschattet aber nun schon das Alltagsleben der Brasilianer: die Inflationsrate steigt. 2006 lag sie bei 3,14%, für 2008 gehen Schätzungen nun von etwa 6% aus (offizieller Inflationsindex IPCA). Der Index IGP-M, der die Verbraucherpreise widerspiegelt, zeigt einen Preisanstieg von

etwa 10% an. Es sind vor allem die Grundnahrungsmittel, die teurer werden und die Inflation für die weniger Verdienenden besonders spürbar machen. Die „cesta básica“ (Preis für einen Warenkorb mit einer fixen Menge an Grundnahrungsmitteln) ist in den größten Städten Brasiliens in einem Jahr um 30 bis 45 Prozent gestiegen. Die drastischsten Erhöhungen wurden ausgerechnet in den Großstädten der ärmsten Regionen registriert. Die Preise von Bohnen, Reis, Fleisch und Kartoffeln liegen weit über dem Durchschnitt der Inflation und belasten vor allem die ärmere Bevölkerung. Die Wiederkehr der Inflation droht nun die Erhöhung des Mindestlohns und der Transferleistungen (Bolsa Familia, Grundrente) aufzuzehren. Die Regierung reagierte zunächst mit Zinserhöhungen, ganz in der Tradition der orthodoxen und konservativen Orientierung der Zentralbank. Inflationsbekämpfung bleibt erstes Ziel, auch wenn die Gefahr besteht, dass Zinserhöhungen das Wirtschaftswachstum abwürgen. In der jetzigen Situation ist diese Strategie nicht ohne Logik: Die Inflation trifft die weniger Verdienenden, die Zinserhöhungen den mit Krediten finanzierten Konsum der Mittelschicht. Zinserhöhungen werden aber nichts gegen weltmarktbedingte Inflationsfaktoren ausrichten können. Als weitere Maßnahme hat die Regierung bisher lediglich erhöhte Kredite für die Produktion von Lebensmitteln angekündigt.

PAC – die Beschleunigung des Wachstums

Beschleunigung ist zu einer zentralen Parole der zweiten Regierung Lula geworden. Das Programm zur „Beschleunigung des Wachstums“ (PAC) soll neben den Sozialprogrammen zur zweiten Säule der Politik werden. PAC setzt in seiner Konzeption auf eine aktive Rolle des Staates als Wachstumsmotor, eine Vorstellung, die nicht unbedingt den internationalen Moden entspricht. Kern ist die Bündelung staatlicher Ausgaben und



Exkurs: Die Millenniums-Entwicklungsziele

QUELLE: WWW.ECOHIMAL.ORG/UNO.HTM, 03.08

Im September 2000 haben sich alle Mitgliedsstaaten der UNO auf acht Entwicklungsziele – die Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs) geeinigt, um eine zukunftsfähige und nachhaltige Weltentwicklung zu gewährleisten. Reiche und arme Länder verpflichteten sich darin, alles daran zu setzen, die Armut radikal zu reduzieren, die menschliche Würde und Gleichberechtigung zu fördern und Frieden, Demokratie und ökologische Zusammenarbeit zu verwirklichen. Die Staats- und Regierungschefs haben sich erstmals auf genau definierte Ziele und einen Zeitplan bis 2015 festgelegt.

MDG 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers: Die Zahl der Menschen, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben, soll um die Hälfte gesenkt werden. Der Anteil der Menschen, die unter Hunger leiden, soll um die Hälfte gesenkt werden.

MDG 2: Verwirklichung der allgemeinen Primärschulbildung: Alle Jungen und Mädchen sollen eine vollständige Grundschulausbildung erhalten.

MDG 3: Förderung der Gleichheit der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen: In der Grund- und Mittelschulbildung soll bis zum Jahr 2005 und auf allen Ausbildungsstufen bis zum Jahr 2015 jede unterschiedliche Behandlung der Geschlechter beseitigt werden.

MDG 4: Senkung der Kindersterblichkeit: Die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren soll um zwei Drittel gesenkt werden.

MDG 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern: Die Müttersterblichkeit soll um drei Viertel gesenkt werden.

MDG 6: Bekämpfung von HIV/AIDS,

Malaria und anderen Krankheiten: Die Ausbreitung von HIV/Aids soll zum Stillstand gebracht und zum Rückzug gezwungen werden. Der Ausbruch von Malaria und anderer schwerer Krankheiten soll unterbunden und ihr Auftreten zum Rückzug gezwungen werden.

MDG 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit: Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung sollen in der nationalen Politik übernommen werden; dem Verlust von Umweltressourcen soll Einhalt geboten werden. Die Zahl der Menschen, die über keinen nachhaltigen Zugang zu gesundem Trinkwasser verfügt, soll um die Hälfte gesenkt werden. Bis zum Jahr 2020 sollen wesentliche Verbesserungen in den Lebensbedingungen von zumindest 100 Millionen Slumbewohnern erzielt werden.

MDG 8: Sicherung der ökonomischen Nachhaltigkeit: Ein offenes Handels- und Finanzsystem, das auf festen Regeln beruht, vorhersehbar ist und nicht diskriminierend wirkt, soll weiter ausgebaut werden. Auf die besonderen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder muss entsprechend eingegangen werden. Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer mit niedrigen und mittleren Einkommen müssen durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend und wirksam angegangen werden, damit ihre Schulden auf lange Sicht tragbar werden.



<http://www.sergeicartoons.com/Cartoons/Financas/Metas-do-milenio.htm>
 Millenniumsziele... Notier mal... Die Armut ist kleiner geworden...



Kredite in strategischen Schlüsselbereichen der Volkswirtschaft, insbesondere in den Ausbau der Infrastruktur. Straßen und Abwasserentsorgung (saneamento básico) sowie Energie sind die drei großen Bereiche des PAC. Notwendiges und Sinnvolles, wie die Verbesserung der Infrastruktur in Favelas, vermischt sich mit einer ökologischen Horrorliste, die Atomkraft, Straßen in Amazonien und Großstaudämme einschließt.

Für den linken Flügel des Regierungslagers markiert PAC eine Wende in der zweiten Regierung Lula. „PAC bringt eine wichtige konzeptionelle Neuerung, die einen Bruch mit der Ära Malan – Palocci (*Wirtschaftsminister unter Cardoso und Lula, Anm. d. Red.*) bedeutet: Der Staat und die Aktionen der Regierung werden als notwendig angesehen, um Wirtschaftswachstum zu fördern ... Wirtschaftswachstum ist fundamental, um die Hindernisse für Reduzierung der sozialen Ungleichheiten aufzubrechen.“ (João Sicsu, in: INESC, *Pensando uma Agenda para Brasil*. Brasilia 2007, S.12.)

Der Autor dieser Sätze war ein profilierter Kritiker der Wirtschaftspolitik der Regierung Lula und hat inzwischen eine leitende Stellung im Regierungsinstitut IPEA übernommen. Laut Sicsu will PAC aber nicht die Privatinitiative ersetzen, sondern fördern und stützen. Makroökonomische Disziplin und Haushaltsüberschüsse sollen dabei die Inflationsgefahren in Schach halten. PAC ist also in eine makroökonomische Politik eingebunden, das Programm selbst ist, wie

Sicsu konstatiert, nichts anders als „ein Investitionsprogramm mit öffentlichen Mitteln, das das Wachstum anspricht.“ Die Kombination von Wachstum und sozialer Inklusion markiert die Grundstrategie der Regierung Lula. Die Mischung aus orthodoxer makroökonomischer Orientierung (Hochzinspolitik, Haushaltsdisziplin) und heterodoxer Wachstumsförderung ist bisher für das breite Publikum eine Erfolgsgeschichte und bildet die Basis für die enorme Popularität Lulas. Nach Lulas Selbsteinschätzung beruht 90 Prozent seines Erfolges auf dieser Wirtschaftspolitik und nicht etwa auf seinem Charisma. Der Erfolg ruft nicht nach Änderungen und so bleibt der Rest der Rest. Interessant für spezifische Gruppen oder „Gringos“, aber nicht für die politische Zukunft der Regierung und des Landes.



<http://blog.guito.com.br/album/default/2>
PAC... Kann man das Wachstum schon sehen?



Soziale Ungleichheit in Brasilien wächst weiter

Befreiungstheologe Frei Betto widerspricht Lula und UNO

VON KLAUS HART, SÃO PAULO, SEPTEMBER 2008, VON: WWW.HART-BRASILIEN-TEXT.DE, GEKÜRZT

Frei Betto, der bekannteste, wichtigste und meistgelesene Befreiungstheologe Brasiliens, hat in einem Exklusivinterview mit dem Verfasser Angaben des brasilianischen Präsidenten Lula, aber auch der Vereinten Nationen zurückgewiesen, wonach unter der Lula-Regierung die soziale Ungleichheit in Brasilien zurückgegangen sei. Frei Betto erklärte wörtlich: "Die soziale Ungleichheit hat sich erhöht und wurde keineswegs reduziert. Denn zwei Drittel des nationalen Reichtums sind in der Hand von nur zehn Prozent der Bevölkerung - das sind skandalöse Zahlen, das ist gravierend! Die Einkommenskonzentration ist nach wie vor in Brasilien sehr stark. Zwar ist die Zahl der Verelendeten zurückgegangen, sind die Allerärmsten heute weniger arm, wurde der Mindestlohn angehoben - doch gleichzeitig sind die reichsten Bevölkerungsschichten heute dermaßen reicher, dass die soziale Ungleichheit in Wahrheit zugenommen hat." Frei Betto wies unter anderem auf die rasche Zunahme der Zahl brasilianischer Millionäre hin.

Jüngere Studien betonen geringere Einkommensunterschiede seit dem Amtsantritt Lulas. Indessen werden bei diesen Studien nur die puren Arbeitseinkommen berücksichtigt, nicht aber andere wichtige Einkommensformen. So betonte der Wirtschafts- und Sozialexperte Marcio Pochmann bereits 2006, dass solche anderen Einkommen, wie Profite, Zinsgewinne oder Mieteinnahmen und Verpachtungen, in derartigen Studien nicht ausreichend berücksichtigt würden. "Wenn wir uns nur auf das Arbeitseinkommen

beziehen, können wir eine Reduzierung der Ungleichheit sehen. Falls wir indes die anderen Einkommensformen einbeziehen, dürften wir feststellen, dass die Ungleichheit bestehen bleibt, sofern sie nicht sogar angestiegen ist. Man muss sehen, dass das Arbeitseinkommen nur 36 Prozent des Bruttosozialprodukts repräsentiert, während es 1980 noch 50 Prozent waren." In den entwickelten Ländern seien es heute immerhin über 60 Prozent. Der oft herangezogene Gini-Koeffizient, so Pochmann 2007, sei keine gute Messeinheit für Ungleichheit.

Andere Wirtschaftsexperten bestätigten Pochmann, verwiesen auf die starke Zunahme bei Profiten, Zinsgewinnen und anderen Einkommensformen unter Lula, sprachen daher von einem "Spiel mit Halbwahrheiten und Lügen". Brasiliens größte Qualitätszeitung "Folha de São Paulo" wies zudem 2007 und 2008 wiederholt auf den Umstand hin, dass gerade Besserverdienende und Betuchte bei Befragungen, die die Basis derartiger Studien bildeten, just jene anderen Einkommensformen gewöhnlich unterschlagen, nicht erwähnen. All dies weist auf eine Zunahme der Einkommensungleichheit.

Frei Betto: "Auch ein weiteres Phänomen blieb erschreckend - die Migration vom Land in die Stadt, die Zunahme der Slums, das Explodieren der städtischen Gewalt. Das sind Faktoren, die die Regierung nicht kontrolliert - und auch nicht verhindert." Offenbar wegen dieser Zustände wird Brasilien in Deutschland häufig als "stabile, moderne Demokratie" eingestuft.

Lula hatte vor der UNO erklärt, seiner Regierung gelinge es, Wirtschaftswachstum mit einer Reduzierung der sozialen Ungleichheit zu verbinden. "Es gibt jetzt Möglichkeiten für alle." ("As oportunidades agora são para todos.")

Frei Betto war rund zwei Jahre lang Berater von Lula, verließ den Präsiden-



Der Index der menschlichen Entwicklung – mehr als nur das Einkommen

AUS: HUMAN DEVELOPMENT REPORT 2007/2008, BRASILIEN, WWW.HDRSTATD.UNDP.ORG; ÜBERSETZUNG FÜR KOBRA AUS DEM ENGLISCHEN VON HELGE KALTENBACH.

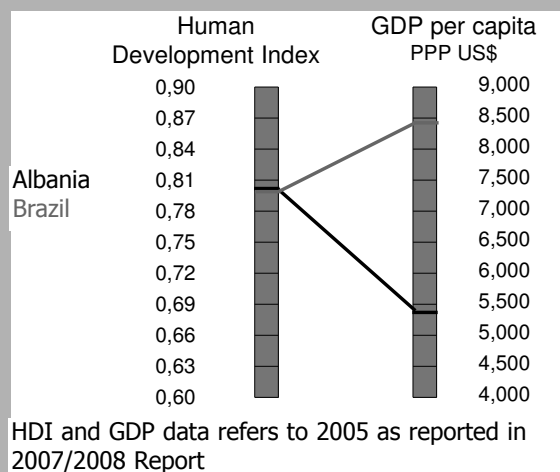
Jedes Jahr seit 1990 hat der Bericht zum Stand der menschlichen Entwicklung den Index der menschlichen Entwicklung (human development index – HDI) publiziert, der über das Bruttoinlandsprodukt hinausgeht und Wohlstand weitgefaster definiert. Der HDI ermöglicht eine gemischte Erfassung von drei Dimensionen der menschlichen Entwicklung: ein langes und gesundes Leben (anhand der Lebenserwartung gemessen), Ausbildung (anhand der Analphabetenquote und den Quoten in Grundschulen, weiterführenden Schulen und Hochschulen gemessen) und ein angemessener Lebensstandard (gemessen an der Kaufkraftparität /Einkommen).

Der HDI ist in keinsten Weise eine übergreifende Betrachtung der menschlichen Entwicklung. Wichtige Faktoren wie das Geschlechterverhältnis oder Einkommensungleichheiten oder noch schwieriger zu messende Indikatoren wie die Einhaltung der Menschenrechte und politischen Freiheiten werden beispielsweise nicht berücksichtigt. Der HDI bietet jedoch ein erweitertes Spektrum, den menschlichen Fortschritt und den komplexen Zusammenhang zwischen Einkommen und Wohlbefinden zu betrachten. Der HDI für Brasilien ist 0,800, was Platz 70 von 177 bedeutet.

(Anm. d. Red.: hiermit belegt Brasilien den letzten Platz bei den Ländern, denen "hohe menschliche Entwicklung" zugeordnet wird – Wert bis minimal 0,8. Ein HDI zwischen 0,8 und 0,5 ordnet ein Land der mittleren menschlichen Entwicklung zu, und ein HDI unter 0,5 der geringen menschlichen Entwicklung.)

HDI-Wert	70. Brasilien (0,800)
Lebenserwartung bei Geburt (in Jahren)	79. Brasilien (71,7)
Erwachsene, die lesen und schreiben können (in % 15 Jahre oder älter)	64. Brasilien (88,6)
Kombinierte Quote aus Grund-, weiterführenden- und Hochschulen (in %)	36. Brasilien (87,5)
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (Kaufkraftparität in US \$)	64. Brasilien (8.402)

Schaubild 1: Der Index menschlicher Entwicklung gibt ein vollständigeres Bild als nur das Einkommen



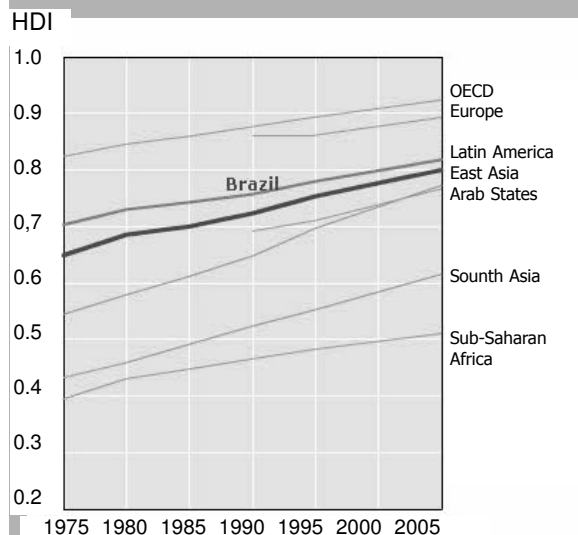
Der diesjährige HDI, welcher sich auf 2005 bezieht, verdeutlicht die großen Unterschiede in Wohlstand und Lebenschancen, die unsere zunehmend komplex verbundenen Welt weiterhin aufteilen. Indem auf einige der wichtigsten Aspekte des Alltagslebens der Möglichkeiten der Menschen geschaut wird, kann man sich ein genaueres Bild machen als durch andere Indikatoren wie das Pro-Kopf-Einkommen. Das Schaubild verdeutlicht, dass Länder, die in Bezug auf den HDI mit Brasilien gleichziehen, ein ganz anderes Einkommensniveau haben können.

Von den Faktoren des HDI reagieren nur Einkommen und Bruttoinlandsprodukt in gewisser Weise auf kurzfristige politische



Maßnahmen. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Änderungen des HDI über eine längere Zeit zu betrachten. Die Tendenzen des Index der menschlichen Entwicklung geben in dieser Hinsicht wichtige Auskünfte. Seit Mitte der 70er Jahre haben nahezu alle Regionen ihren HDI-Wert stufenweise gesteigert.

Schaubild 2: HDI Trends



Source: Indicator Table 2 - HDR 2007/2008

Menschliche Armut in Brasilien: Konzentration auf das Schlimmste in mehreren Armutsdimensionen

Der HDI misst den durchschnittlichen Fortschritt eines Landes in der menschlichen Entwicklung. Der menschliche Armutsindex für Entwicklungsländer (Human Poverty Index for developing countries – HPI-1) konzentriert sich auf den Teil der Bevölkerung, der sich unter einem bestimmten Schwellenwert befindet – in Bezug auf langes und gesundes Leben, Zugang zu Bildung und Lebensstandard. Indem der HPI-1 mehr als nur ein zu geringes Einkommen erfasst, stellt er eine mehrdimensionale Alternative zu der 1\$-pro-Tag Armutsmessung dar. Der HPI-1 Wert von 9,7 für Brasilien bedeutet Platz 23 von 108 Entwicklungsländern, für welche der Index berechnet wurde.

Der HPI-1 erfasst gravierende Gesundheitsmängel durch den Anteil der Menschen, die eine Lebenserwartung unter

40 Jahren haben. Die Ausbildung wird anhand der Analphabetenrate unter Erwachsenen gemessen und der angemessene Lebensstandard wird durch die Erfassung der Menschen, welche keinen Zugang zu einer sauberen, verbesserten Wasserquelle haben, errechnet. Zusätzlich werden die Kinder unter 5 Jahren erfasst, welche für ihr Alter untergewichtig sind.

Tabelle 2 zeigt die Werte dieser Indikatoren für Brasilien:

Ausgewählte Indikatoren der menschlichen Armut in Brasilien	
HPI-1 Wert	86. Brasilien (9,7)
Wahrscheinlichkeit nicht älter als 40 zu werden 2004 (in %)	80. Brasilien (9,2)
Analphabetenquote 2004 (in % - 15 Jahre oder älter)	76. Brasilien (11,4)
Menschen ohne Zugang zu einer richtigen Wasserquelle 2004 (in %)	85. Brasilien (10)
Für ihr Alter untergewichtige Kinder 2004 (in % Alter zw. 0 und 5)	103. Brasilien (6)

Frauenförderung

Der HDI misst die durchschnittlichen Erfolge in einem Land, aber er berücksichtigt nicht den Grad der Geschlechterungleichheit innerhalb dieser Erfolge. Der geschlechtsbezogene Entwicklungsindex (Gender-Related Development Index – GDI), seit 1995 im Jahresbericht der menschlichen Entwicklung enthalten, misst die Erfolge in den gleichen Dimensionen wie der HDI, aber in Abhängigkeit vom Geschlecht. Je größer die geschlechtliche Ungleichheit in grundsätzlichen menschlichen Entwicklungen ist, desto kleiner ist der GDI-Wert eines Landes relativ zu seinem HDI Wert.

Brasilien's GDI-Wert von 0,798 sollte daher mit seinem HDI Wert von 0,800 verglichen werden. Der GDI Wert beträgt 99,8% seines HDI Werts. Von 158



Ländern mit GDI und HDI-Wert haben 27 Länder einen besseres Verhältnis als Brasilien.

Tabelle 3: GDI im Verhältnis zu HDI – Messung der Geschlechterungleichheit

GDI in % des HDI	28. Brasilien (99,8)
Lebenserwartung bei Geburt 2004 Frauen in % der Lebenserwartung von Männern	21. Brasilien 110,9%
Erwachsene, die lesen und schreiben können 2004 (in % der Frauen gegenüber Männern, 15 Jahre oder älter)	11. Brasilien 100,4%
Kombinierte Quote aus Grund-, weiterführenden- und Hochschulen (Frauen in % gegenüber Männern)	61. Brasilien 104,2%

Gender Empowerment Measure – GEM

Die Gleichberechtigungsmessung (Gender Empowerment Measure - GEM) zeigt, ob Frauen eine aktive Rolle in Wirtschaft und Politik einnehmen. Sie erfasst die Anzahl der Sitze von Frauen im Parlament, weibliche Gesetzgeber, höhere Beamte und Managerinnen; außerdem wird die Anzahl von weiblichen Freiberuflern und Fachkräften sowie der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen gemessen, was die wirtschaftliche Unabhängigkeit widerspiegelt. Im Unterschied zum GDI stellt der GEM besonders Ungleichheiten der Möglichkeiten in bestimmten Bereichen heraus.

Brasilien rangiert beim GEM mit einem Wert von 0,490 auf Platz 70 von 93 Ländern.

tenpalast jedoch aus Unzufriedenheit mit der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Vor ihm hatte bereits Oded Grajew, von dem die Idee zum Weltsozialforum stammt, nach nur einem Jahr seinen Beraterposten aufgegeben.

Anders als sein Kollege Leonardo Boff, der fern in den Bergen bei Rio de Janeiro lebt, agiert Frei Betto mitten in der brodelnden Megacity São Paulo, der Wirtschafts- und Kulturhauptstadt Lateinamerikas. Frei Betto ist mit politischen und befreiungstheologischen Texten täglich in den großen brasilianischen Medien. Ins Englische übersetzt werden all diese Beiträge rund um den Erdball gelesen. Frei Betto berät katholische Pastoralen wie die Arbeiterseelsorge, ist bei allen gesellschaftlichen Debatten dabei.

Frei Betto sagte ferner im Website-Exklusivinterview: "In Wahrheit lebt die Mehrheit der Lateinamerikaner heute zwischen Elend und Armut. Wir haben

etwa 500 Millionen Bewohner Lateinamerikas - davon befinden sich etwa 300 Millionen im Stadium des Überlebens, auf der Suche nach Arbeit und vor allem Nahrungsmitteln. Ich meine aber, dass keine brasilianische Regierung seit den 50er-Jahren so viele Mittel im Sozialbereich investiert hat wie die Lula-Regierung. Allerdings handelt es sich dabei um keine emanzipatorische Politik, die Strukturen verändert und die Misere-regionen bedeutend verringert. Dafür wäre nötig, dass Lula zumindest eines der historischen Versprechen der Arbeiterpartei sowie von ihm selbst erfüllt - nämlich die Agrarreform verwirklicht. Menschen erhalten zwar Geld von der Regierung, es gibt mehr Kredite für Kleinbauern, der Mindestlohn wurde angehoben. Doch Menschen können nicht aus eigener Kraft ihr Überleben sichern, um nicht von Regierungshilfen abhängig zu sein. Das halte ich für beklagenswert."

Wer sich in brasilianischen Supermärkten



umsieht, macht eine erstaunliche Entdeckung: Im Billigstlohnland Brasilien sind zahlreiche wichtige Lebensmittel, darunter Milch, Käse oder Joghurt sowie andere Waren nicht nur deutlich teurer, sondern auch noch von schlechterer Qualität als im Hochlohnland Deutschland, nicht selten zudem absurd mit chemischen Stoffen belastet. Interessant außerdem, dass selbst gute Weine aus dem relativ nahen Chile in Brasilien erheblich teurer sind als im viel, viel weiter entfernten Deutschland. Zu den Ursachen zählt u.a., dass in Brasilien die Profitspannen viel größer sind als in Mitteleuropa. Daher sind nicht wenige Unternehmen der Ersten Welt geradezu verrückt darauf, in Brasilien für den Binnenmarkt zu produzieren. Manche hier feilgebotene Produkte großer inter-



<http://www.sergeicartoons.com/Cartoons/politica/Pobreza.htm>

nationaler Qualitätsmarken wären etwa in Deutschland unverkäuflich oder ein Beschwerdefall.

Spekulationspreise bremsen die Agrarreform in Brasilien aus

VON MARIO OSAVA, IPS, RIO DE JANEIRO, 07. NOVEMBER 2008, GEKÜRZT. ÜBERSETZUNG FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIE- SICH VON GILBERTO CALCAGNOTTO.

Die Agrarreform in Brasilien sei undurchführbar geworden. Verantwortlich dafür seien die höheren Preise für Grund und Boden – eine Folge der Penetration des Agrarsektors durch das Großkapital sowie der expandierenden Agrarbrennstoffe. Dies erklärte jüngst João Pedro Stédile, Mitglied der Organisation "Via Campesina" (= etwa: Kleinbauernweg), in einem Interview an die ausländische Presse im Anschluss an die V. Internationale Konferenz der Via Campesina in Maputo (19.-22.10.2008). Damit sei dieses Programm in Brasilien praktisch zu Ende. Es beschränke sich jetzt lediglich auf Ansiedlungen "mit Fürsorge-

charakter (assistenciais) und mit der Funktion einer Lösung für punktuelle Konflikte". Dies aber liege vom Ziel einer Agrarreform zur "Demokratisierung von Grund und Boden" meilenweit entfernt, so Stédile weiter, der ebenfalls zum Koordinationsausschuß der Bewegung der landlosen Landarbeiter Brasiliens (Movimento dos Sem Terra MST) gehört. Der MST ist eine der wichtigsten brasilianischen Mitgliedsorganisationen des Verbundes Via Campesina.

Die Regierung von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva begann im Jahre 2003 mit dem Versprechen, das Leben auf dem Land zu verändern. Doch in diesem Jahr (2008) habe sie nach Schätzungen von Mitarbeitern des zuständigen "Instituts für Ansiedlung und Agrarreform INCRA" lediglich 18.630 Familien zu Grund und Boden verholfen, fuhr Stédile fort. Das MST-Führungsmitglied fügte hinzu, dass die von der Regierung für 2007 angeführte Zahl von 67.535 angesiedelten Familien "künstlich aufgeblasen" sei – und selbst so bleibe sie unterhalb der



Zielvorgabe von 100.000 Ansiedlungen. Außerdem befänden sich zwei Drittel der übergebenen Parzellen in Amazonien, was bedeute, dass sie lediglich Staats-eigentum umverteilt hätten, was die Agrarbesitzstruktur unangetastet lasse. In den beiden Jahren zuvor sei die Anzahl an zugewiesenen Landparzellen doppelt so hoch gewesen.

Trotz der regierungsseitig vorgelegten Zahlen deuten jüngste Untersuchungen darauf hin, dass die Grundbesitzstruktur in Brasilien nach wie einen zunehmenden Konzentrationsgrad aufweise. Dieser Prozess werde durch den Vormarsch von exportorientierten Monokulturen wie Soja, Zuckerrohr, Eukalyptus und Mais vorangetrieben, ergänzte der MST-Führer. Nach wie vor zelteten rund 130.000 Familien in provisorischen Lagern in der Erwartung, Land zum Arbeiten zu bekommen. Die Anzahl von in Zeltlagern lebenden Familien werde immer kleiner, weil sich im Hinblick auf die Agrarreform Verzögerung breit mache. Die Finanzkrise habe diese Tendenz noch einmal verschärft, weil das Großkapital dazu übergegangen sei, sein Geld durch die Anschaffung von "Naturgütern" wie Grund und Boden, Holz, Wasserkraftwerken und Mineralien zu schützen. Dabei stoße es "gierig auf Amazonien" vor, hob Stédile hervor.

Die Preiserhöhung für Nahrungsmittel sei Teil dieses Prozesses und sei letztlich auf die "Handlungsweise der Oligopole" zurückzuführen, denn "zehn bis fünfzehn multinationale Unternehmen" beherrschten die Produktionskette weltweit. Zusätzlich führe die Spekulation an den Warenbörsen zu schnellen Preisschwankungen, sagte Stédile. Der Preis stehe nicht mehr im Verhältnis zu den Produktionskosten noch zu dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Er gehorche vielmehr dem Spiel dieser Unternehmen und der Börsen. Stédile, studierter Ökonom, gab damit die Ergebnisse der o.g. Internationalen Konferenz von Maputo

bekannt, an der 600 Delegierte aus 100 Ländern teilnahmen.

Die weltweite Kleinbauernbewegung sehe die gegenwärtige "Nahrungsmittel-, Energie-, Klima- und Finanzkrise" als ein Produkt des "kapitalistischen Systems und des Neoliberalismus" an, das nur durch eine auf bäuerlicher Landwirtschaft gestützte Nahrungsmittelhoheit, nicht jedoch, wie von den Mächtigen vorgeschlagen, durch den Freihandel von genverändertem Saatgut gelöst werden könne. Die wirtschaftliche Rezession in den reichen Ländern werde Fremdenhass, Rassismus und die Repression gegen Arbeitnehmer und Migranten verschärfen, doch werde sie auch – laut der "Charta von Maputo" – "Chancen" schaffen – zum einen für den Kapitalismus, der sich "neu erfinden" könnte, zum anderen aber auch für die sozialen Bewegungen.

Stédile hat aber auch einige Fortschritte für Brasiliens Landbevölkerung anerkannt: In kleinen Gemeinden habe sich die Wirtschaft vor allem auf Grund der landwirtschaftlichen Rentenversicherung und – besonders in Ortschaften armer Landregionen – auf Grund der Mindestloohnerhöhung dynamisch entwickelt. Die Regierung Lula habe ebenfalls die Kredite für die bäuerliche Landwirtschaft erheblich ausgeweitet. Allerdings beschränke sich der damit verbundene Anreiz auf "ein Viertel" der vier Millionen brasilianischer Kleinbauern, und dieses Viertel bestehe ausgerechnet aus besser weg-gekommenen Kleinbauern. Die ärmeren würden durch diese Kredite nicht begünstigt, sagte Stédile. Andere Formen der Sozialpolitik, wie etwa das Programm zur Anschaffung von Nahrungsmitteln, mit dem der Staat die kleinbäuerliche Produktion abnehme, seien zwar auf dem richtigen Wege, doch erreichten sie nur Tausende unter den Millionen notleidender Kleinbauern, sagte Stédile abschließend. (IPS/Envolverde)



Sozialgeldtransfer "Programa Bolsa Familia" (Familienförderung)

VON ROLF KÜNNEMANN UND RALF LEONHARD
 "SOZIALGELDTRANSFERS UND MILLENNIUMS-
 ENTWICKLUNGSZIELE - EINE MENSCHENRECHTLI-
 CHE BETRACHTUNG", BROT FÜR DIE WELT, EED,
 FIAN INTERNATIONAL, MEDICO INTERNATIONAL,
 2008, AUSZÜGE ZU BRASILIEN.

Sozialgeldtransfers haben eindrucksvolle Entwicklungsergebnisse auf einer Reihe von Gebieten gezeigt, die eng mit den Millenniumsentwicklungszielen 1 bis 6 zusammenhängen. Sie mindern Armut und Hunger, regen die Produktion von elementaren Gütern und Dienstleistungen für die Armen an, fördern den Schulbesuch der Kinder sowie die Gleichstellung der Geschlechter und soziale Gerechtigkeit. Sozialgeldtransfers haben sich als effizientes Instrument zur Reduzierung der drastischen Einkommensungleichheit erwiesen, die viele Entwicklungsländer plagt. Dies wird in der Studie u.a. am Beispiel Brasiliens gezeigt.

Brasilien gehört weltweit zu den Ländern mit der krassesten Einkommensungleichheit. In Brasilien lebten 2004 etwa 32% der Bevölkerung mit einem Monatseinkommen pro Kopf von weniger als 180 \$P (Kaufkraftparität; 130 R\$). Das Monatseinkommen von etwa 25% der Brasilianer lag unter 138 \$P (100 R\$). 14% der Bevölkerung erreichten noch nicht einmal ein Monatseinkommen von 65 R\$ (international gilt ein Monatseinkommen unter 30\$P als absolute Armut und unter 60\$P als Armut). 7% der Bevölkerung sind nach Angaben der FAO unterernährt. Dem steht ein BSP pro Kopf und Monat von 661 \$P gegenüber.

Ein Grund für die krasse Einkommensungleichheit liegt im brasilianischen Steuer- und Sozialsystem. Seit 2003 hat Brasilien ernsthaft begonnen, sein Sozialsystem durch Sozialgeldtransfers zu reformieren. Ohne die jahrzehntelan-

ge Mobilisierungsarbeit und die Lobbyaktivitäten der Zivilgesellschaft wären diese neueren Entwicklungen undenkbar. Die Kampagnenarbeit schlug sich letztlich auch im Zugang der jetzigen Regierung zum Thema Hunger nieder.

Das Programm "Bolsa Familia" (Familienförderung) wurde im Oktober 2003 durch Zusammenführung von vier ähnlichen Vorläuferprogrammen (PETI, Bolsa Escola, Bolsa Alimentação und Cartão Alimentação) geschaffen. 2006 war der Anteil der Armen auf 26,9% gefallen, dem niedrigsten Wert seit 1987. Ursache war vor allem der Zuwachs an Arbeitsplätzen in den Jahren 2004 und 2005, das Ansteigen des Realeinkommens der Arbeiter, sowie die Ausweitung von Sozialtransfers, insbesondere des "Programa Bolsa Familia" (Bolsa Familia war etwa mit 20% am Rückgang der Ungleichheit beteiligt). Das MDG 1a (Halbierung des Vorkommens absoluter Armut) hatte Brasilien schon 2005 erreicht: Der Anteil der Bevölkerung mit einem Monatseinkommen unter 30 \$P fiel von 13,4% im Jahr 1990 nach Angaben des Ministeriums für Sozialentwicklung und Hungerbekämpfung auf 6% im Jahr 2005.

Familien mit einem monatlichen Pro-Kopf-Einkommen unter R\$ 50 (71 \$P) erhalten, falls sie in das Programm aufgenommen werden, einen Grundtransfer von R\$ 50 (seit 2006: 60 R\$, 86 \$P). Für jedes Kind und jede Schwangere gibt es einen zusätzlichen monatlichen Bonus von R\$ 15 (21 \$P). Es können aber nur maximal drei Bonustransfers in Anspruch genommen werden, sodass der Gesamttransfer pro Familie höchstens R\$ 90 (132 \$P) beträgt.

Sowohl die Architektur als auch die Höhe des Transfers von Bolsa Familia sind ungeeignet, um als Mindesteinkommensprogramm zu dienen. In diesem Sinne befindet sich Bolsa Familia weiterhin in der Pilotphase. Die Architektur müsste



das Mindesteinkommen für jede Person sicherstellen.

Die Zielgruppe des Programms sind bestimmte Familien mit einem Prokopfeinkommen unter 100 R\$ (dieser Wert wurde 2006 auf 120 R\$ erhöht. Auch die Auszahlungen wurden leicht erhöht). Das Programm erreicht 46 Mio Personen in 11,1 Mio Familien. Diese Zahl entspricht in etwa der Zahl der Familien mit einem Prokopfeinkommen unter 100 R\$. Sie machen etwa 25 % der Bevölkerung aus.

Etwa 80% der Empfänger haben tatsächlich ein Familieneinkommen unter 100 R\$ pro Kopf. Von den übrigen 20% waren 17% aus dem zweiten Quartil, d.h. Personen, deren Einkommen nur leicht über dem Berechtigungseinkommen lag. Damit wäre die Trefferquote mit Abstand die beste unter den Sozialgeldtransfers Lateinamerikas - und bei den Sozialgeldtransfers weltweit unter den ersten sechs.

Bolsa Familia wird dezentral abgewickelt mit einer starken Rolle der 5.564 weitgehend autonomen Gemeinden (municipios). Sozialprogramme werden nicht selten von Politikern und lokalen Eliten zu Stimmenfängerei und Klientelismus missbraucht. Ausgeklügelte Kontroll- und Management-Systeme sollen dazu beitragen, dass solchen Missbräuchen zunehmend ein Riegel vorgeschoben wird. Eine wichtige Rolle haben hier die sozialen Kontrollausschüsse, die paritätisch mit Vertretern von lokaler Zivilgesellschaft und Vertretern der Gemeinde besetzt sind: Sie sind Teil der Struktur von Bolsa Familia. Ihre Aufgabe ist die Mithilfe sowohl bei der Überwachung der lokalen Macht als auch bei der Begleitung der Transfer-Empfänger. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind allerdings besorgt über die fehlende Unabhängigkeit dieser Ausschüsse und darüber, dass diesen die Kapazität fehlt, die Umsetzung des Programms tatsächlich zu überwachen.

Früher herrschte ein eher "karitatives

Verständnis" von Sozialprogrammen vor - Sozialprogramme als ein Geschenk mächtiger Politiker an ihre Klientel und an die Armen. Inzwischen wächst - zusammen mit dem zunehmenden Menschenrechtsdiskurs zu den WSK-Rechten (*wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte, UN-Menschenrechtscharta, Anm. d. Red.*) - in Brasilien das Verständnis, dass es sich bei Bolsa Familia um berechnete Ansprüche handelt.

Die Gemeinden bekommen vom Ministerium vorab eine Programmquote zugewiesen, die sich aus einer detaillierten Hungerlandkarte Brasiliens ergibt. Die Gemeindequoten haben zur Folge, dass auch die Vergabe an eine Familie, die alle Kriterien erfüllt, möglicherweise vom Ministerium nicht bewilligt wird, weil die Gemeinde die ihr zugestandene Quote schon ausgeschöpft hat. Diese Praxis steht einem transparenten individuellen Anspruch entgegen.

Transfervolumen

Bolsa Familia transferiert derzeit netto etwa 0,3% des BIP an die ärmsten 25% der Bevölkerung. Wie wenig das ist, erkennt man z.B. daran, dass der Staat gleichzeitig allein über die Subvention der defizitären Rentenversicherung, die nur Familien mit Beschäftigten im formellen Sektor erreicht, schon 5,7% des BIP transferiert. Zum Vergleich: Die Sozialhilfe-Systeme der OECD-Länder übertragen etwa 2,5% ihres BIP.

Konditionalitäten

Damit die Familie längerfristig an Bolsa Familia teilnehmen kann, müssen schulpflichtige Kinder 85% der Schulzeit anwesend sein, für Kinder bis zu 6 Jahren muss die Familie aktualisierte Impfkarten vorweisen. Schwangere oder stillende Frauen müssen regelmäßig Gesundheitsdienste in Anspruch nehmen. Kinderlose Familien in extremer Armut müssen Trainingsprogramme besuchen, um Transfers zu erhalten.



Welche menschenrechtliche Kritik äußert die Zivilgesellschaft?

Die brasilianische Zivilgesellschaft begrüßt überwiegend die landesweite Einführung eines SGT als eine wichtige Maßnahme. Hier und da werden Fragen der Abhängigkeit diskutiert. Kritische Stimmen wenden sich auch gegen einen propagandistischen Missbrauch des Programms durch die Regierung für eine Politik, die vor allem im ländlichen Bereich zunehmend Menschen vom Zugang zu Land und anderen produktiven Ressourcen ausschließt. Das Programm dürfe nicht als kompensatorische Maßnahme erhalten für neoliberales "business as usual" und die Empfänger lediglich "abspeisen", statt eine solidarische Ökonomie zu entwickeln und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich selbst zu ernähren. Kritik macht sich auch daran fest, dass die strukturellen Anteile von "Fome Zero" vernachlässigt werden, im Vergleich zu Bolsa Familia. Das weithin publizierte Programm Fome Zero (Nullhunger-Programm) der Regierung Lula besteht aus zwei Teilen: Strukturverändernden lokalen Maßnahmen und Transfersystemen. So sollte etwa die durch Bolsa Familia steigende lokale Nachfrage der kleinbäuerlichen Landwirtschaft weiteren Auftrieb geben. Schon die erste internationale Auswertung von Fome Zero wies auf die Gefahr der Marginalisierung der Strukturmaßnahmen durch Bolsa Familia hin. Etwa 85% der Empfänger von Bolsa Familia fanden das Programm gut bis sehr gut. In der Tat könnte die zügige Einführung von Bolsa Familia in den Jahren 2003 bis 2006 für die Wiederwahl Präsident Lulas im Oktober 2006 eine wichtige Rolle gespielt haben.

IBASE-Studie zu Ernährungs-sicherung durch Familienstipendium

VON KIRSTEN BREDENBECK, OKTOBER 2008

Im Juni 2008 gab IBASE eine Studie zu den Auswirkungen des Familienstipendiums auf die Ernährungssicherung der geförderten Familien (Repercussões do Programa Bolsa Família na Segurança Alimentar e Nutricional das Famílias Beneficiadas) heraus. Hierzu interviewte die Organisation im September und Oktober 2007 in ganz Brasilien 5.000 Begünstigte aus 229 Munizipien.

Es zeigte sich, dass die Familien von dem Stipendium vor allem Nahrungsmittel kauften, wenngleich diese eher kalorienreich (vor allem Zucker und Getreide) und weniger nahrhaft sind, wie bspw. Obst und Gemüse. 21% der begünstigten Familien befinden sich in einer starken Ernährungs-Mangelsituation, 34% in einer moderaten. Weitere 18% leiden leichten Ernährungs-mangel und bei 17% der Familien aus dem Programm kann man von relativer Ernährungssicherheit sprechen. Die Schulspeisung ist nach



Bolsa Familia
 bis 33%
 von 33% bis 50%
 mehr als 50%

<http://img.terra.com.br/i/2006/10/18/409820-7029-in.jpg>



dem Kauf von Lebensmitteln die wichtigste Nahrungsquelle der befragten Familien. Ihre Lebensmittel kaufen sie vor allem in großen bis mittelgroßen Supermärkten; in zweiter Linie in kleinen Lebensmittelläden. Märkte und Großmärkte spielen eine nachrangige Rolle. Die Mehrheit der Befragten produziert Nahrungsmittel für den Eigenbedarf, und es zeigte sich ein positiver Zusammenhang zwischen dem Zugang zu Land und Familien, die Ernährungssicherheit erreichen. Die Zahl derjenigen, die aufgrund des Familienstipendiums eine Arbeit aufgegeben haben, ist mit 0,5% statistisch nicht signifikant, und beschränkt sich auf extrem prekäre Arbeitssituationen. Insofern ist das Argument hinfällig, die Unterstützung führe dazu, dass Menschen keine Arbeit mehr suchten.

In der großen Mehrzahl (87,5%) sind die EmpfängerInnen des Familienstipendiums Frauen, da diese das Geld eher in Nahrungsmittel und für die Kinder umsetzen. Dies trifft im Großen und Ganzen auf das Einverständnis der Empfängerfamilien. Die Empfängerinnen bestätigten eine größere finanzielle Unabhängigkeit durch diese Tatsache (48,8%), sowie einen größeren Einfluss auf finanzielle Entscheidungen innerhalb der Familie (39,2%), sodass man von einem emanzipatorischen Effekt des Familienstipendiums auf Frauen sprechen kann.

Trotz des hohen Potentials verschiedener Regierungsmaßnahmen der Nahrungsmittelhilfe, die Familien in den Rang der Ernährungssicherheit zu versetzen, erreichten diese Maßnahmen nur wenige der Familien.

Vorschläge von IBASE laufen entsprechend den Ergebnissen der Studie darauf hinaus, bei Ernährungssicherungsprogrammen vor allem hochwertige Nahrungsmittel zu fördern und die Familienlandwirtschaft wie auch die Anstrengungen zur Landreform und Regularisierung der Besitztitel zu unterstützen. Auch sollten Agrarberatung und Agrarkredite für die Familien ausgeweitet werden. IBASE empfiehlt darüber hinaus, über das Programa de Aquisição de Alimentos (PAA - Programm zur Nahrungsmittelacquire) verstärkt die lokale Produktion für die öffentliche Verkostung (in Schulen, Krankenhäusern etc.) zu nutzen. Auch sollte die Schulverpflegung auf die Mittelschulbildung ausgeweitet werden. Weitere Vorschläge sind u.a. die Verknüpfung mit anderen Programmen, die den Zugang zu Wasser und Gesundheitsdiensten verbessern sowie Kurse zur Ernährungsberatung.



Die Zukunft der Ausbildung in Brasilien. Der neue Plan zur Entwicklung des Bildungswesens

DIES IST DIE GEKÜRZTE FASSUNG DES ARTIKELS VON FOCUS BRASILIEN, NR. 5, MAI 2007.

JOANA FONTOURA, WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN DES STUDIENZENTRUMS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN RIO DE JANEIRO.

Am 24. April 2007 hat der brasilianische Präsident Lula da Silva einen "Plan für die Entwicklung des Bildungswesens", ("Plano de Desenvolvimento da Educação", PDE) vorgestellt, der in den nächsten Jahren dazu beitragen soll, die großen Defizite vor allem im Bereich des Schulwesens zu vermindern.

Der Zustand des brasilianischen Bildungswesens ist besorgniserregend: unmotivierte Schüler, ungenügend vorbereitete Lehrer, verkommene und baufällige Schulgebäude und schlechte Qualität des Bildungsangebots. Untersuchungen aus dem Jahre 2006, die vom Bildungsministerium veröffentlicht wurden, zeigen deutlich, dass sich das brasilianische Bildungswesen in den letzten Jahren eher verschlechterte. Allerdings sind in Brasilien jüngst auch einige Fortschritte zu verzeichnen. Das gilt insbesondere für die Einschulungsraten und Universalisierung des Grundschulunterrichts. Nahezu 100% der schulpflichtigen Kinder gehen mittlerweile in die erste Grundschulklasse. Die Qualität der öffentlichen Grundschulen ist jedoch weiterhin nicht zufriedenstellend und die Zahlen der Schulflucht und der Sitzenbleiber sind hoch. Nur 70% dieser jungen Menschen erreichen den Abschluss der Grundschule, wie eine Erhebung von 2005 zeigte (PNAD - "Pesquisa Nacional por Amostra de Domicílios"), eine landesweite Erhebung nach Wohnsitzen. Diese Zahl ist nicht sehr positiv, bedeutet aber immerhin einen großen Fortschritt im

Vergleich zum vorangegangenen Jahrzehnt, in dem nur 39% der Brasilianer im Alter von 20 Jahren die acht Jahre der Grundschule erfolgreich abgeschlossen hatten.

Bei internationalen Vergleichen, z. B. der von der UNESCO in 41 Ländern durchgeführten PISA-Studie (28 Länder sind OECD-Mitglieder), erscheint Brasilien in allen Fächern an einer der letzten Stellen in Bezug auf die durchschnittliche Schulleistung. Die alle drei Jahre durchgeführte PISA-Studie untersucht die Leistungen von Schülern im Alter von 15 Jahren, die sich dem Ende ihrer Grundschulausbildung nähern, d.h., der vom Gesetz vorgeschriebenen Pflichtausbildung. Im Fach Mathematik erreichte die Durchschnittsnote der untersuchten brasilianischen Schüler im Jahre 2003 bei den beteiligten Ländern mit 356 Punkten die letzte Stelle, hinter den Schülern aus Indonesien (360 Punkte) und aus Tunesien (359 Punkte). Unter den 41 Ländern, die den Fragebogen beantworteten, landete Brasilien in Mathematik an 40. Stelle. In den Naturwissenschaften erreichte Brasilien die vorletzte Stelle, knapp vor Tunesien. Bessere Ergebnisse erreichte Brasilien mit einem Durchschnitt von 403 Punkten beim Lesen und lag damit vor Mexiko (400 Punkte), Indonesien (382 Punkte) und Tunesien (375 Punkte).

Die gesamte Problematik verschärft sich durch die mangelnde Qualität des angebotenen Unterrichts, wodurch Brasilien im Bildungsbereich, in den Worten von Präsident Lula da Silva, zu "den Schlechtesten der Welt" gehört. Allgemeines Ziel des PDE ist eine konzertierte Aktion der Bundesstaaten und Gemeinden unter Einbeziehung der Familien und der Zivilgesellschaft zur Qualitätsverbesserung des Grundschulunterrichts. Das ist die erste Priorität des PDE, doch dehnt sich der Plan auf alle Schultypen, von den Kindertagesstätten bis zu den Graduiertenkursen, aus.



Der Plan zur Entwicklung des Bildungswesens in Brasilien der PDE enthält Konzepte und Handlungsvorschläge für verschiedene Bereiche des brasilianischen Bildungswesens. Dazu gehört u.a. eine Reihe von Anreizen für die Gemeinden, um diese zu freiwilligen Anstrengungen zugunsten einer Verbesserung ihrer Schulen zu bewegen. Denn im Rahmen des brasilianischen Föderalismus hat der Bund nur eine eingeschränkte Kompetenz im Hinblick auf das Schulsystem. Nach einer recht schematischen Kompetenzverteilung durch die Verfassung sind die Gemeinden für die Grundschulen (básica), die Bundesländer für die Mittelschulen (secundaria) und der Bund für die Universitäten zuständig. Diese Aufteilung wird nicht ganz strikt eingehalten, weil auch die Länder Grundschulen und die Gemeinden weiterführende Schulen unterhalten und selbst der Bund Träger einiger Schulen ist.

In der Regel sind die Gemeinden die wichtigsten Schulträger. Sie hängen hinsichtlich der Unterhaltung der Schulen und Bezahlung der Lehrer finanziell sehr stark von Bundeszuweisungen ab, sind aber bei der Organisation des lokalen Schulwesens sehr autonom. Das beeinträchtigt u.a. die Kontinuität lokaler Schulpolitik, weil jeder neu gewählte Bürgermeister einen neuen kommunalen Bildungssekretär ernannt, der in die Schulen hineinregiert, über die Verteilung von Mitteln und die Einstellung von Lehrern bestimmt etc. Für den Erfolg von Schulreformen ist die freiwillige Mitwirkung der Gemeinden unverzichtbar. Der PDE hat das berücksichtigt.

Das Bildungsministerium wird in den nächsten 12 Monaten zusätzlich 1 MRD R\$ (270.000 Euro) neben dem FUNDEB (Fundo da Educação Básica = Fonds für den Grundschulunterricht) als Hilfe für die 1.000 Gemeinden mit den schlechtesten Indices im Lande erhalten. Die Teilnahme an diesem Projekt ist den Gemeinden freigestellt.

Die schlechte Bezahlung der Lehrer ist eine der Ursachen für die Qualitätsmängel des brasilianischen Schulwesens. Der Lehrerberuf ist nicht sehr attraktiv und viele Lehrer sind nur ungenügend ausgebildet. Im Rahmen der neuen Anstrengungen zur Verbesserung des Bildungswesens ist nun Ende März 2007 auch eine alte Forderung der Lehrer aufgegriffen worden: die Festlegung eines landesweiten Mindestlohns für Lehrer an den öffentlichen Schulen. Bund, Länder und Gemeinden sollen den Mindestlohn sukzessive einführen, sodass ihn spätestens im Jahr 2010 alle Lehrer erhalten. Wer heute als Lehrer monatlich 400 Reais (145 Euro) verdient, wird im Januar 2008 550 Reais (200 Euro) erreichen, im Januar 2009 700 Reais (254 Euro) und im Januar 2010 schließlich 850 Reais (308 Euro).

Zur Qualifizierung brasilianischer Berufstätiger sieht der PDE die Schaffung von so genannten "Pol-Städten" vor. In vier Jahren sollen hier 150 neue technische Bundesschulen gegründet werden, und eine Summe von jährlich 500 Millionen Reais (181 Millionen Euro) soll für die Instandhaltung dieser Schulen und für die Besetzung der Personalstellen investiert werden.

Eine neue Organisation des vorhandenen Landesnetzwerks der beruflichen und technischen Ausbildung und eine Integration dieses Systems sollen über die Schaffung von Bundesinstituten für technologische Ausbildung (Institutos Federais de Educação Tecnológica - IFETS) erreicht werden. Die IFETs sollen eine Art integrierte berufliche Grund- und Fachhochschule sein, an der Jugendliche verschiedene Berufe erlernen können und wo man sogar ein Studium mit einer Fachpromotion abschließen können soll.

130.000 öffentliche Grundschulen sollen bis 2010 über das Bildungsministerium mit Computern versorgt werden. Dafür ist eine Investition von 650 Millionen



Reais (236 Millionen Euro) vorgesehen. 2007 sollen 5.000 Informatiklaboratorien in Schulen auf dem Lande eingerichtet werden, sowie 8.800 in städtischen Schulen der 5. bis 8. Klasse. Nach der Bestückung der Mittelschulen im Jahr 2007 soll der Zugang zur EDV in den 5. bis 8. Klassen der öffentlichen Schulen und danach in den 1. bis 4. Klassen erweitert werden.

Der Plan für die Entwicklung des Bildungswesens wurde im Allgemeinen positiv aufgenommen. Erste Reaktionen befürworteten die beabsichtigten Evaluierungen, die Definition von Zielen, das Einfordern von Ergebnissen sowie insgesamt das stärkere Engagement der Bundesregierung im Hinblick auf die Förderung des Erziehungswesens, was - wie oben erwähnt - nicht exklusiv oder vorrangig in der Kompetenz des Bundes liegt.

Der neue Bildungsplan sieht eine Arbeitsteilung mit den Gemeinden vor,

die sich aktiver beteiligen und größere Verantwortung bei der Einhaltung der Planziele übernehmen sollen. Dabei ist allerdings darauf zu achten, dass die Verbesserung der Bildungsindikatoren nicht ausschließlich zugunsten lokaler Politiker missbraucht wird.

Der Bildungsplan ist eine große Herausforderung für Brasilien. Dieses Projekt kann keinesfalls innerhalb der Amtszeit des jetzigen Präsidenten oder der jetzigen Bürgermeister umgesetzt werden. Aber es ist eine Initiative, die Aufmerksamkeit, Geduld und Eifer verdient, um gute Früchte tragen zu können und einen positiven Beitrag zur Entwicklung Brasiliens zu leisten.

Laut WHO ist Brasilien beispielhaft in der medizinischen Grundversorgung

14. OKTOBER 2008, NÉLI PEREIRA, BBC BRASIL, GEKÜRZT, ÜBERSETZUNG FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH VON MIRJA ANNAWALD

In ihrem Jahresbericht empfiehlt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) allen Ländern die Übernahme der primären Gesundheitsversorgung durch den Staat, und führt dabei Brasilien als Beispiel solcher Initiativen an. Dem Bericht zufolge besteht weltweit eine große Ungleichheit sowohl im Hinblick auf den Zugang zur Gesundheitsversorgung, als auch auf die Kosten und die erzielten Ergebnisse im Bereich der Gesundheitspolitik. Die WHO gibt an, dass die übermäßige Spezialisierung der

reichen Länder und die auf nur eine Krankheit ausgerichteten Programme in den ärmeren Ländern, sowie die Ausgaben für kurative Dienstleistungen, die Maßnahmen für Prävention und Gesundheitsförderung verhindern, nur einige Beispiele der Ineffizienz der derzeitigen Gesundheitssysteme seien. Zur Bekämpfung der genannten Probleme empfiehlt die WHO den Ländern in ihrem Jahresbericht die Übernahme der Basisgesundheitsversorgung, wie sie in der Deklaration von Alma-Ata aus dem Jahre 1978 festgelegt ist.

Beispiel Brasilien

Zuallererst wird den Ländern in dem Dokument die Übernahme des allgemeinen Zugangs zur Gesundheitsversorgung empfohlen, wobei Brasilien als Beispiel angeführt wird. "Brasilien, das bereits 1988 mit der Einführung des allgemeinen



Zugangs zum Gesundheitssystem begonnen hat, bietet diesen Zugang heute etwa 70 Prozent seiner Bevölkerung", heißt es in dem Dokument. Ferner rät der Bericht dazu, dass das Gesundheitssystem weiterhin die Versorgung der Bevölkerung als Schwerpunkt behalte, und stellt fest, dass "die Gesundheitssysteme umorientiert werden müssten, um mittels der bestehenden Einrichtungen in den Gemeinden die Bedürfnisse der Menschen besser berücksichtigen zu können". Hier wird in dem Dokument wiederum der Erfolg des brasilianischen Familiengesundheitsprogramms genannt, das seit 1994 besteht und eines der Programme ist, das den Gemeinden von der Bundesregierung zur Umsetzung der Grundversorgung vorgeschlagen wurde.

Im Interview mit BBC Brasil bekräftigte der Herausgeber des diesjährigen Berichtes der WHO, Win Van Lerberghe, dass das brasilianische Programm "eines der eindrucksvollsten Beispiele für die Auswirkungen der Übernahme der Grundversorgung ist und dafür, wie eine solche Versorgung umgesetzt werden müsste, um eine Verbesserung der Gesundheitsqualität zu ermöglichen und gute Ergebnisse zu erzielen".

Dezentralisierung

Das Dokument betont zudem die Notwendigkeit der Dezentralisierung der Gesundheitspolitik und der Einbeziehung weiterer Sektoren, etwa des Bildungssektors, um eine großflächige Verbreitung der Präventionsmaßnahmen garantieren zu können.

Schließlich wird seitens der WHO angeregt, die

Umorientierung des Gesundheitssystems unter Anleitung durchzuführen, sowie unter Einbeziehung aller Bereiche der Gesellschaft: des Privatsektors, der Gemeinden, der Zivilgesellschaft sowie der Wirtschaft. Im Hinblick darauf hebt der Bericht die Arbeit der Forschungseinrichtungen für den Gesundheitsbereich in Brasilien hervor, welche Untersuchungen durchführen und Informationen über Gesundheit analysieren, um damit die Ausarbeitung einer angemessenen Gesundheitspolitik auf allen Ebenen zu unterstützen.

Laut Lerberghe sind diese Forschungseinrichtungen ein "Modell" im Bereich der öffentlichen Gesundheitspolitik. "Die Art, wie die brasilianischen Gesundheitsbehörden mit der Zivilgesellschaft und den Akademikern zusammenarbeiten ist ein Beispiel, dem man folgen sollte", so Lerberghe.



<http://www.sergeicartoons.com/Cartoons/politica/Fila-no-INSS.htm>

*Knieschutz!! Elbogenschutz!! Zelt!! Helm!! Schlafsack!!
Taschenlampe...*

*Oma!! Viel Glück in der INSS-Schlange!!
(INSS sind die Sozialabgaben in Brasilien)*



Gesundheitssystem enthüllt zum 20. Jubiläum Defizite

07. OKTOBER 2008,

[HTTP://WWW.SUS20ANOS.COM.BR](http://www.sus20anos.com.br), GEKÜRZT,
ÜBERSETZUNG FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH VON ANDREA BEEKEN

Das gleiche System, das dazu beigetragen hat, die Kinderlähmung in Brasilien auszurotten, lässt Kinder und Erwachsene an Dengue sterben. In dem Land, das eine der erfolgreichsten öffentlichen Aids-Versorgungs-Strategien der Welt vorweist, warten Menschen monatelang auf Termine zur Behandlung einfacherer Krankheiten. Dass Brasilien ein System mit einem der größten Transplantationsprogramme der Erde hat, bedeutet nicht automatisch, dass man problemlos eine einfache Ultraschalluntersuchung bekommen könnte. Drei Tage vor seinem 20. Geburtstag ist das einheitliche Gesundheitssystem, kurz SUS (Sistema Único de Saúde), ein Synonym für Widersprüchlichkeit. Die Fortschritte sind unbestreitbar. Spezialisten warnen jedoch, dass Probleme wie fehlende Finanzierung, Missmanagement und Abhängigkeit von privaten Dienstleistern das öffentliche brasilianische Gesundheitsnetz zum Einsturz bringen können.

Für den Gesundheitsminister José Gomes Temporão ist die ständige Unterfinanzierung die zentrale Herausforderung. Er erwähnt eine Studie des Brasilianischen Instituts für Geografie und Statistik (IBGE; "Statistisches Bundesamt" Brasiliens), der zufolge 62 Prozent aller Gesundheitsausgaben des Landes von den Familien bezahlt werden und nur 38 Prozent vom Staat. Er verteidigt die Regelung zur 29. Verfassungsänderung, die die Anteile der Mittelverwendung im Gesundheitsbereich nach Bund, Ländern und Gemeinden festlegt. "Sie (die Verfassungsänderung) wird festlegen, was Ausgaben im Gesundheitsbereich sind. Nur durch die korrekte Verwendung

der Landesmittel wird der Gesundheitssektor fünf Milliarden Reais mehr bekommen. Der Text wird auch festlegen, dass die Bundesregierung einen größeren Beitrag in die Gesundheit investieren wird", versichert der Minister.

Für den Präsidenten des Nationalen Gesundheitsrates, Francisco Batista Júnior dagegen, muss neben höheren Investitionen auch die Mentalität der Dienstleister, Manager und der Bevölkerung selber verändert werden. "Wir wurden dazu erzogen, immer mehr Betten, Medikamente und Ärzte zu fordern. Anders gesagt, wir wollen die Krankheiten heilen, anstatt ihnen vorzubeugen. Diese Logik müssen wir umkehren. Ein Beispiel ist die große Anzahl an Diabetikern mit Bluthochdruck, die es in Brasilien gibt. Warum nicht massiv in die Früherkennung investieren, bevor die Person kompliziertere Untersuchungen, teurere Medikamente und Transplantationen braucht?", fragt er.

Lula fordert die Pharma-Industrie heraus

Brasiliens Präsident kündigt an, dass sich sein Land künftig über ein US-Patent für Aids-Medikamente hinwegsetzt.

VON PETER BURGHARDT, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 07. MAI 2007, GEKÜRZT.

Bei einer Zeremonie in seinem Amtssitz Planalto zu Brasilia unterschrieb Lula im Mai 2007 feierlich ein Dokument, nach dem das formell bis 2012 gültige Patent des US-Pharmakonzerns Merck Sharp & Dome auf das Aids-Medikament Efavirenz künftig nicht mehr respektiert wird. Das Original ist seiner Regierung zu teuer, fortan sollen billigere Kopien aus Indien importiert und wie bisher gratis an 75.000 der ungefähr 200.000 Aids-



Patienten des Landes verteilt werden. "Es kann nicht sein", rief Lula in seiner Brandrede, "dass einige mit dem Unglück anderer reich werden."

Mehrmals hatte die Verwaltung des Riesenreiches mit fremden Lizenzen für Arzneien gedroht, diesmal wurde es ernst. Die Verhandlungen mit dem Anbieter waren gescheitert. Merck Sharp & Dome bot nur 30 Prozent Preisnachlass an - Brasilien verlangt einen Rückgang von 60 Prozent und argumentiert dabei mit Thailand. Die Asiaten bezahlen 0,65 Dollar für 600 Milligramm Efavirenz, das südamerikanische Land wird dagegen mit 1,59 Dollar pro Kapsel zur Kasse gebeten, das sind 1,21 Euro.

"Missbrauch geistigen Eigentums"

"Eine Respektlosigkeit", wettete Lula, "als ob ein kranker Brasilianer minderwertiger wäre als ein Malaysier" - er meinte wohl Thailänder. In indischen Labors sind Generika, das heißt Nachahmerprodukte, für 0,44 Dollar das Stück zu bekommen, Brasilien spart damit 30 Millionen Dollar im Jahr. Auch einheimische Forscher werden sich verstärkt mit der Nachahmung befassen.

Merck Sharp & Dome beklagt in einer Stellungnahme den Missbrauch geistigen Eigentums und behauptet, Brasilien habe keinen Kompromiss gesucht. Dabei habe man den Preis für Efavirenz seit 1998 bereits um 77 Prozent gesenkt, der aktuelle Tarif entspreche einem Zehntel des US-Preises. Auch das amerikanische Außenhandelsministerium protestiert.

Die brasilianische Entscheidung werde Investoren abschrecken, warnt die Regierung in Washington, zu der Lula ein ansonsten gutes Verhältnis pflegt. Juristisch allerdings ist der Vorstoß gedeckt. Die Welthandelsorganisation erlaubt Verbraucherstaaten, ein Patent im Notfall zu ignorieren. "Brasilien hat dieses Recht", erklärte auch die Weltgesundheitsorganisation WHO in Genf.

International vorbildlich

Brasiliens Strategie mit Aufklärung und Therapie gegen Aids gilt als international vorbildlich, die Ausbreitung der Seuche wurde dank des Einsatzes zumindest gebremst. Betroffene applaudieren Lula nun. Seit 2001 dränge man darauf, Patente zu umgehen, erinnert Mario Scheffer von der Aids-Hilfe Pela Vidda (*Für das Leben; Der Name der Organisation schreibt sich tatsächlich mit zwei "d", Anm. d. Red.*). "Das ist ein Markstein in der brasilianischen Geschichte", lobt der Aktivist José Carlos Veloso, "das öffnet den Markt und gibt uns die Möglichkeit, hier zu produzieren."

Lula stellt ähnliche Schritte in anderen Fällen in Aussicht. "Heute ist es Efavirenz, morgen kann es jede andere Tablette sein. Wenn es keine gerechten Preise gibt, nicht nur für uns, sondern für den gesamten Planeten, dann müssen wir diese Entscheidung treffen", verkündete der Staatschef mit altem Kampfgeist. Er schlägt sogar vor, lebenswichtige Arzneien zu einer Art Gemeingut zu machen. Die Gesundheit sei wichtiger als das Geschäft.



Ermordung einer Frau vor aller Augen - Was Eloá uns sagen will

MARIA DOLORES DE BRITO MOTA, SOZIOLOGIN, PROFESSORIN AN DER BUNDESUNIVERSITÄT VON CEARÁ - ÜBERSETZUNG FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH VON JÜRGEN STAHN

Die Tragödie Eloás, die ganz Brasilien im Staatsfernsehen während ihrer hundertstündigen Tortur mit Bestürzung mit erlebte, kann nicht einfach als Verzweiflungstat eines wegen unkontrollierten Gefühlsausbruches völlig aus dem Gleichgewicht geratenen jungen Mannes abgetan werden. Der schreckliche Vorfall ist vielmehr die perverse Erscheinungsform männlicher Dominanz, die die Kultur Brasiliens noch so stark beherrscht.

In Brasilien waren es die feministischen Bewegungen, die in den siebziger Jahren Anklage erhoben, Protestaktionen in die Wege leiteten und Gewaltanwendung gegenüber Frauen kritisierten, die sich zum Beispiel in den Verbrechen von Männern an ihren Geliebten äußerten. Damals hatte die soziale Norm der "verletzten Ehre" noch Gültigkeit. Feministische und demokratische Bewegungen liefen Sturm dagegen und forderten die Bestrafung der Mörder von Frauen. Die "verletzte Ehre von Männern" wurde zu jener Zeit häufig als Argument zur Rechtfertigung zahlreicher Verbrechen an Frauen herangezogen. Im Zuge der gesellschaftlichen Neuordnung während der Rückkehr Brasiliens zur Demokratie und des Entstehens feministischer Bewegungen gerät das Thema der "verletzten Ehre", der "Ehrenmorde", endlich in den Blick von Öffentlichkeit und Politik und wird von der Zivilgesellschaft Brasiliens als Verletzung der politischen und sozialen Rechte der Frauen wahrgenommen.

Die Ermordung Ângela Diniz' im Dezember 1976 durch ihren Liebhaber Doca Street war der Auslöser für eine breite

Koalition gegen den Freispruch des Mörders in erster Instanz, der sich im Wesentlichen auf die "verletzte Ehre" des Mörders stützte. Tatsächlich aber zeugten die Begleitumstände von einem entsetzlichen Verbrechen, verursacht durch den Entschluss des Opfers, eine Liebesbeziehung zu beenden und die Weigerung des Täters, diesen Entschluss hinzunehmen. Die richterliche Entscheidung brachte große Teile der brasilianischen Gesellschaft gegen das Urteil auf. Dies führte zu einem neuen Verfahren im Jahr 1979, in welchem der Täter verurteilt wurde.

Ein weiteres Verbrechen, das großes Aufsehen erregte, war die Ermordung von Eliane de Grammont durch ihren früheren Ehemann Lindomar Castilho im März 1981. Beides waren Kriminalfälle, welche die Kampagne "Wer liebt tötet nicht" ins Rollen brachte.

Jetzt, dreißig Jahre nach diesen Ereignissen, nahm Brasilien im Fernsehen an der Ermordung einer Fünfzehnjährigen durch ihren früheren Liebhaber teil, der mit der Beendigung der Beziehung nicht einverstanden war. Der Täter wollte die Beziehung aus Gründen der Eifersucht von sich aus beenden und Eloá wollte ebenfalls Schluss machen. Der Mörder hielt Eloá und eine Freundin von ihr während 100 Stunden in einem privaten "Gefängnis" fest. Währenddessen misshandelte er das Opfer, überhäufte das Mädchen mit Vorwürfen, nötigte sie und schoss dem Opfer schließlich in die Leistengegend, den Geschlechtsbereich und in den Kopf.

Im Verlauf dieses Verbrechens wurde nicht nur ein Mensch vernichtet, sondern auch das Weibliche an sich. Es war ein Verbrechen des Patriarchates, das sich auf Beherrschung und Kontrolle von Körper und Willen sowie auf die Bestrafung von Frauen durch Männer stützt. Mord an Frauen ist ein Verbrechen aus Hass, das immer mit besonderer Brutali-



tät durchgeführt wird, eine grausame Fortsetzung des Hasses auf Frauen. Es schließt verschiedene Arten der Gewaltanwendung ein, die auch Eloá erleiden musste: Beschimpfungen, Misstrauen, Anschuldigungen, körperliche Demütigungen, bis hin zum Mord in aller Öffentlichkeit.

Was wollte uns der Täter vor Augen führen? Dass er als Mann die Herrschaft über Eloás Körper hatte, dass er als Mann über ihr stand? Als der spätere Mörder Eloá als selbständige Person wahrnahm, fühlte er sich verraten in seinen Vorstellungen von ihr als Frau, nämlich von ihrer Unterwerfung unter seine Wünsche und Begierden und in seinen Vorstellungen von sich als Mann, nämlich Macht über Eloá zu haben und damit seine Männlichkeit unter Beweis zu stellen. Mord an Frauen ist ein aus der Macht geborenes Verbrechen, ein politisches Verbrechen. Juristisch gesehen ist es aus drei Gründen ein scheußliches Verbrechen: eine belanglose Ursache, völlige Wehrlosigkeit des Opfers, Vorsatz des Täters.

In Brasilien ist bei der Durchsetzung der Menschenrechte der Frau und bei der Gleichberechtigung der Geschlechter schon eine Menge erreicht worden: es entstanden "Kommissariate zur Unterstützung von Frauen" (Delegacias de Apoio às Mulheres, DEAM), wovon es heute 339 in Brasilien gibt, bis heute wurden 71 Frauenhäuser gegründet und darüber hinaus sehr viele Gruppen und Einrichtungen, welche den weiblichen Opfern beratend zur Seite stehen, Anzeigen erstatten und Öffentlichkeitsarbeit leisten, um diese Gewalt zu verhindern oder ihr vorzubeugen. Darüber hinaus können die Frauen psychologische Beratung in Anspruch nehmen und erfahren eine Stabilisierung ihrer Persönlichkeit.

Im Strafgesetzbuch fanden wesentliche Änderungen statt in dem z.B. der Begriff

"ehrbare Frau" abgeschafft, die Gefängnisstrafe für Täter eingeführt und damit das Strafmaß "cestas básicas" ersetzt wurde (Wer sich häuslicher Gewalt schuldig gemacht hatte, konnte früher - bevor das neue Gesetz in Kraft trat - statt zu einer Haftstrafe zur Zahlung eines Grundwarenkorbs oder zur Leistung gemeinnütziger Arbeit verurteilt werden). Zu den Änderungen im Strafgesetzbuch gehört auch die Einführung des Gesetzes 11.340, "Gesetz Maria Penha", um der häuslichen Gewalt gegen Frauen Rechnung zu tragen. Dennoch gehen Gewalttaten gegen Frauen und die Morde an Frauen weiter.

Werfen wir einen Blick auf die Verhältnisse im Bundesstaat Ceará: im Jahr 2007 wurden 116 Frauen ermordet, im Jahr 2006 waren es 135 Morde, 2005 wurden 118 Frauen umgebracht, im Jahr 2004 waren es 105. Die Frauen sind auf dem Weg, ihre Rechte und ihre Selbständigkeit zu verwirklichen, das Patriarchat als strukturierendes Element der menschlichen (männlichen) Persönlichkeit besteht aber nach wie vor. Es ist wichtig, dass die ganze brasilianische Gesellschaft sich daran macht, diese Werte und Praktiken männlicher Dominanz abzubauen, das Bewusstsein der Männer zu verändern, Strukturen abzubauen, die noch in den Tiefen sozialer Wertehierarchien bestehen, trotz der zahlreichen Veränderungen, die schon Eingang in das tägliche Leben gefunden haben.

Der Leiter der polizeilichen Einsatztruppe zur Rettung Eloás gab zu Protokoll, dass er nicht auf den Täter geschossen habe, weil es sich um einen Jugendlichen in einer Beziehungskrise gehandelt habe und er Rücksicht auf dessen Leidenschaft nehmen wollte.

Und das Leiden von Eloá? Warum wurden ihre Situation, ihre Angst und ihr Wille, ihr Recht nicht nachempfunden, frei und glücklich zu sein?



Studie zu Diskriminierung aufgrund ethnischer Herkunft und Geschlechtszugehörigkeit.

REGIERUNGSAMTLICHE PRESSEMELDUNG, BRASILIA, SEPTEMBER 2008; ÜBERSETZUNG FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESESISCH VON HANNAH RIEDE.

Folgende Mitteilung ist Ergebnis der Studie "Retrato das Desigualdades de Gênero e Raça" (Studie zur Ungleichheit von Geschlechtern und Rassen), vorgestellt vom Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada (Ipea - Institut für angewandte wirtschaftliche Forschung), dem Frauensekretariat (Secretaria Especial de Políticas para as Mulheres, SPM) und dem Frauenentwicklungsfonds der Vereinten Nationen (Unifem).

Arbeitsmarkt

Frauen konnten ihre Beteiligung am Arbeitsmarkt in den letzten Jahren erhöhen. 1996 waren 46 % der weiblichen Bevölkerung beschäftigt oder auf der Suche nach einem Arbeitsplatz. 2006 lag der Prozentsatz bei 52,6 %. Dennoch ist die Quote noch immer schlechter als die der Männer, die im selben Jahr 72,9 % betrug. Die Studie zeigt, dass Gründe für die Zunahme der weiblichen

Beschäftigung unter anderem die verbesserte Schulbildung, Abnahme der Geburtenrate, neue Marktmöglichkeiten und Änderungen der kulturellen Strukturen sind. Die Daten berücksichtigen nicht die unbezahlte Hausarbeit, die nicht in die wirtschaftlichen Berechnungen einfließt.

Der höchste Bildungsdurchschnitt liegt bei den Frauen der südöstlichen Region mit 9,8 Jahren Schulbildung und der niedrigste bei den afrobrasilianischen Frauen des Nordostens mit nur 5,1 Jahren Schulbildung.

Einkommen

In den letzten Jahren erhöhte sich das durchschnittliche Monatseinkommen der Frauen und das der afrobrasilianischen Bevölkerung. Dennoch überragt das Einkommen der weißen männlichen Bevölkerung das der Frauen und der Afrobrasilianer. Das mittlere Einkommen afrobrasilianischer Männer betrug 1996 R\$ 570,90, und erreichte 2006 R\$ 583,25. Im Fall der weißen männlichen Bevölkerung wurde das Einkommen von R\$1.264,49 auf R\$1.181,09 reduziert. In zehn Jahren erhöhte sich das mittlere Einkommen weißer Frauen von R\$ 718,30 auf R\$ 742,05 und das der afrobrasilianischen Frauen von R\$ 340,78 auf R\$ 383,39.

Brasiliens Umweltpolitik nach dem Rücktritt Marina Silvas

VON THOMAS FATHEUER, AUS: LATEINAMERIKANACHRICHTEN, NR. 409/410, JULI/AUGUST 2008, S. 57/58, GEKÜRZT.

Nach dem Rücktritt der Umweltministerin Marina Silva hat am 27. Mai der neue Umweltminister Carlos Minc sein Amt angetreten. Dazu erklärte Präsident Lula, die Umweltpolitik werde sich nicht ändern, schließlich habe er damit zwei Wahlen gewonnen. Aber ist das ein

Versprechen oder eine Drohung?

Der bisherige Staatssekretär im Umweltministerium João Paulo Capobianco zog zur Amtsübergabe eine kritische Bilanz: "Teile der Regierung sehen das Umweltministerium als einen Vergeber von Umweltlizenzen und nicht als ein strategisches Ministerium, das Lösungen vorschlägt. Deshalb verlassen wir das Ministerium." Damit trifft Capobianco den entscheidenden Punkt. Die Richtlinien der Politik werden in anderen Ministerien entwickelt und entschieden - den Umweltbehörden kommt die Aufgabe zu,



allein die entsprechenden Genehmigungen zu liefern.

Der neue Minister, Carlos Minc, hat sich in Rio de Janeiro den Ruf erworben, Umweltlizenzen schnell und unbürokratisch zu vergeben. Dies soll der entscheidende Grund sein, warum Lula auf die Ernennung Minc's insistierte. Der Gouverneur von Rio lobt Minc in höchsten Tönen: "Das Engagement für die Umwelt, das sein ganzes Leben begleitet, verbindet Minc mit Pragmatismus, Objektivität und Effizienz. Er ist ein Vorbild als Umweltmanager." Dieser muss sich jetzt schon gegen den Ruf wehren, ein bloßer Absegner zu sein. Minc ist ein erfahrener Umweltpolitiker, er war Mitbegründer der Grünen Partei Brasiliens, bis er 1980 zur Partei Lulas wechselte. Er ist offensichtlich ein "Asphaltgrüner", der die Strände Rios besser kennt als Amazonien.

Das ist in der aktuellen Situation nicht gerade ein Vorteil. Denn Amazonien ist das zurzeit dominierende Thema. Dass zum Amtsantritt Minc's kein Gouverneur aus Amazonien anreiste, ist ein deutliches politisches Signal. Die Gouverneure Amazoniens wollen sich nicht durch Umweltpolitik bremsen lassen - allen voran der Sojabaron Blairo Maggi, der den Amazonasstaat Mato Grosso regiert und sich bereits die ersten Wortgefechte mit Minc lieferte.

Amazonien ist in das Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt, als im Januar klar wurde, dass die ersten vorläufigen Zahlen der Entwaldungssaison 2007/2008 auf einen deutlichen Anstieg der Regenwaldvernichtung hinweisen. Gouverneur Maggi kritisiert seitdem das brasilianische Institut für Weltraumforschung (INPE), das für die Auswertung der Satellitenbilder verantwortlich ist. Die Veröffentlichung der neuesten Abholzungszahlen für April war zunächst verschoben worden, wohl auch um den Amtsantritt Minc's nicht zu überschatten. Für Carlos Nobre, INPE Forscher und bra-

silianisches Mitglied des Weltklimarates der Vereinten Nationen (IPCC), hingegen war der Fall klar. "Die Entwaldung ist hoch." Das INPE veröffentlichte dann Anfang Juni die Auswertung der Satellitenbilder: Allein im April wurden 1.132 Quadratkilometer Regenwald gerodet, etwa acht Mal so viel wie im März, als rund 148 Quadratkilometer gerodet worden waren. Das Institut wies auch darauf hin, dass möglicherweise erheblich mehr Regenwald abgeholzt wurde. Im März waren den Angaben zufolge 78 Prozent des Regenwaldes durch Wolken verdeckt, im April waren es 53 Prozent.

Der neue Umweltminister - ein "asphaltgrüner" Umweltmanager?

Die Entwaldungsraten sind aber nur ein Indikator für neue Entwicklungen in Amazonien. Die Region steht heute viel mehr im Mittelpunkt der nationalen Entwicklungspolitik als noch vor etwa zehn Jahren. Die Landwirtschaft ist nicht mehr allein durch extensive Viehwirtschaft geprägt, sondern auch durch ein dynamisches Agrobusiness (Soja), das aufgrund der steigenden Weltmarktpreise einen ungeahnten Boom erlebt. Die brasilianische Bundesregierung hat in ihrem Investitionsprogramm für beschleunigtes Wachstum (PAC) Amazonien entdeckt und will massiv in den Ausbau der Infrastruktur investieren. Der Energiesektor nimmt nach fast 20-jähriger Pause seine Investitionen in Großstaudämme wieder auf, etwa am Rio Xingu und Rio Madeira. Etwa 70 Prozent des bisher nicht genutzten Wasserenergiepotentials sollen sich in Amazonien befinden. In einer Zeit, in der natürliche Ressourcen, Land und Wasser immer knapper werden, erscheint Amazonien als ein neues El Dorado.

Oder anders gesagt: die Amazonaspolitik, die noch vor wenigen Jahren etwas für Umweltpolitiker und indigene Völker schien - und deshalb auch einer sympathischen und integren Marina



überantwortet werden konnte - ist in kürzester Zeit in den Sog von Politik und Wirtschaft gerissen worden. Insofern war es eine strategische Entscheidung Lulas, die Durchführung des neuen Programms "Nachhaltiges Amazonien" nicht Marina Silva, sondern dem Minister für strategische Fragen, Mangabeira Unger, zu übertragen. Dies war wohl der Auslöser für den Rücktritt Marinas. "Es ist ein grundlegender Fehler zu denken, Amazonien sei nur eine Umweltfrage oder eine Angelegenheit des Umweltministeriums. Amazonien ist nicht nur ein Fall für Umweltschützer", erklärte Unger. Damit gibt er die Denkweise der Regierung wieder - und hat ja durchaus recht. Aber es steht zu befürchten, dass nicht Nachhaltigkeitsstrategien die Amazonaspolitik strukturieren, sondern der auf Wirtschaftswachstum fixierte politische Mainstream die Umweltpolitik mitreißt und bedeutungslos bleiben lässt.

Damit befindet sich die künftige Umwelt- und Amazonaspolitik in einer schwierigen Lage. Der Druck kommt von den Entwicklungsprojekten, wie Straßen und Staudämmen und von den Gouverneuren, die mit den Interessen des Agrobusiness verbunden sind. Bereits Marina hat diesem Druck immer wenig entgegensetzen können, wenn es zu Interessenskonflikten kam. An den Rahmenbedingungen, die zum Scheitern Marinas geführt haben, hat sich nichts geändert. Eher verschärft sich das Konfliktpotential wegen der steigenden Preise für Agrarprodukte. Der neue Umweltminister Minc bringt wohl die Flexibilität mit, um Umweltpolitik nicht zum Wachstumshindernis zu machen, und ausreichende Glaubwürdigkeit, um zumindest Zugeständnisse wie etwa Gelder für Schutzgebiete zu verhandeln. So gesehen ist die Aussage Lulas, die Umweltpolitik der Regierung werde sich nicht ändern, doch eher als Drohung zu bewerten.



<http://www.sergeicartoons.com>

Energie- versus Umweltpolitik?

AUS: POLITISCHER JAHRESBERICHT 2007/2008 DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG, DR. THOMAS FATHEUER, AUSZUG.

Die atemberaubende Distanz zwischen der strategischen Bedeutung einer ökologischen Wende und dem politischen Mainstream spiegelt auch ein reales Paradox der brasilianischen Umweltpolitik wieder. In kaum einem Land ist die unlösbare Verknüpfung von Umwelt- und Ressourcenkrise so deutlich wie in Brasilien. Die nationale Wirtschaft ist ein realer und potenzieller Profiteur der globalen Ressourcenkrise. Im letzten Jahr wurden gigantische Ölvorkommen vor der Küste Brasiliens entdeckt, die das Land, das jetzt schon von Importen unabhängig ist, in eine Erdölgroßmacht verwandeln, sodass bereits von den "neuen Scheichs am Zuckerhut" (tageschau.de vom 22.08.2008) die Rede ist. Gleichzeitig ist Brasilien zusammen mit den USA der wichtigste Produzent von Agrotreibstoffen und Exporteur von Nahrungsmitteln.

Anders als Indien und China steht Brasilien auch nicht am CO₂-Pranger, mit einer Ausnahme: der entwaldungsbedingten Emissionen. Das hat in der brasilianischen Regierung zu folgender Einschätzung geführt: Wir haben ein



Problem - Amazonien - und müssen der Weltöffentlichkeit zeigen, dass wir ernsthafte Anstrengungen unternehmen, dieses Problem zu lösen. Und wir haben große Chancen: Die Reduzierung von Emissionen ist aufgrund der Wasserkraft kein Thema und wir können durch den Ausbau der Agrotreibstoffe auf Ethanolbasis einen wichtigen Beitrag zur Verminderung der globalen CO₂-Emissionen leisten. Das brasilianische Paradox besteht nun darin, dass die CO₂-freundlichen Optionen der Regierung gleichzeitig ökologisch fragwürdig sind, wenn ökologische Fragen nicht auf CO₂-Emissionen reduziert werden. Während also die brasilianische Regierung die Option für Wasserkraft und Agrotreibstoffe als geradezu klassische Win-Win-Strategie ansieht, erscheinen die ökosozialen Kritiken (Vernichtung wertvoller Ökosysteme, Verdrängung von Kleinbauern und traditionelle Bevölkerung) als unverständliche Spielverderberei.

Beim Ausbau sauberer Energien soll auch die Atomkraft in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen. Bisher verfügt Brasilien über zwei Atomkraftwerke. Im Jahre 2007 hat die Regierung beschlossen, Angra 3 fertig zu stellen, dessen Bau bereits begonnen wurde, aber seit vielen Jahren gestoppt ist. Die Atomoption ist aus energiepolitischen Gründen kaum verständlich, derweil Atomstrom deutlich teurer ist als Strom aus Wasserkraft. Der kostspielige Ausbau von Atomenergie wird daher allgemein als Teil einer brasilianischen Nuklearstrategie gesehen, die Brasilien als globale Mittelmacht verfolgt: Brasilien soll über einen differenzierten Atomsektor (Uranbergbau, Forschung, Urananreicherung, Energie) verfügen, um hier international mitzuspielen und bei neuen geopolitischen Entwicklungen schnell reagieren zu können.

Der problematische Dreier von Wasser-, Agro- und Nuklearenergie bringt die brasilianische Umweltbewegung wie auch das Umweltministerium in eine schwieri-

ge Position: Weil die Ökobewegung zu Großstaudämmen und Atomenergie entschieden nein sagt und einem Ausbau von Agroenergie größtenteils skeptisch gegenübersteht, fiel es der Regierung in den letzten Jahren leicht, die Umweltbewegung als notorische Neinsager und Entwicklungsfeinde hinzustellen.

Das Mantra, das Land brauche Entwicklung und daher mehr Energie, ist einleuchtend und beherrscht die öffentliche Meinung. Dabei haben aber Umweltbewegung und einige Wissenschaftler in den vergangenen Jahren durchaus eine alternative Energiestrategie entwickelt. Sie beruht im Wesentlichen auf folgenden Elementen:

- Modernisierung der vorhandenen Staudämme. Studien zufolge kann die "Repotenzialisierung" und Erneuerung veralteter Turbinen die Produktivität der Staudämme erheblich erhöhen.
- Verbesserung der Effizienz beim Transport von Energie. Die Transportwege sind sehr lang, gerade bei Staudämmen im Amazonasgebiet.
- Anreize zum Energiesparen und zu höher Energieeffizienz.
- Ausbau der Windkraft.

Eine bedenkliche Entwicklung ist der steigende Anteil von Kohle und Gas am brasilianischen Energiemix. Das Genehmigungsverfahren für Kraftwerke auf Kohle- und Gasbasis ist erleichtert worden, um kurzfristigen Energieengpässen zu begegnen. Aufgrund von Schwierigkeiten mit Gaslieferungen aus Bolivien setzt Brasilien nun verstärkt auf Kohle. Das Energieministerium macht die Umweltbewegung für die "Verschmutzung" der brasilianischen Energiebilanz verantwortlich. Sie verzögere die Bewilligung neuer Staudämme und zwingt Regierung und Industrie damit in die Kohle.



Die Sozialindikatoren für AfrobrasilianerInnen sind besser geworden, aber die Lebensbedingungen hinken jenen der Weißen noch immer hinterher

VON SILVANA SALLES, 09. SEPTEMBER 2008, ÜBERSETZUNG FÜR KOBRA AUS DEM BRASILIANISCHEN PORTUGIESISCH VON HELGE KALTENBACH.

Die Indikatoren der afrobrasilianischen Bevölkerung in Bezug auf Schulbildung, Einkommen und Armut haben sich zwischen 1996 und 2006 verbessert, doch ihre Lebensbedingungen sind immer noch schlechter als die der Weißen. Zu dieser Einschätzung kommt eine am 9. September durch das Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (Ipea) veröffentlichte Studie über Diskriminierung aufgrund ethnischer Herkunft und Geschlechterzugehörigkeit.

Die Studie beruht auf Daten einer nationalen Erhebung, der "Pesquisa Nacional por Amostra de Domicílio" (kurz: Pnad), welche vom IBGE ("Statistisches Bundesamt" Brasiliens) zwischen 1993 und 2006 durchgeführt wurde. Der Bezeichnung "weiß" oder "schwarz" liegt die Selbsteinschätzung der Befragten zugrunde.

Nach den Ergebnissen der Studie besuchten 1996 82,3% der Schwarzen im Grundschulalter eine Schulklassen, wohingegen nur 13,4% der Afrobrasilianer im entsprechenden Alter eine weiterführende Schule besuchte. 2006 belief sich dieser Prozentsatz auf 94,2% in der Grundschule und 37,4% in den weiterführenden Schulen. Weiße hingegen erreichten 2006 eine Quote von 58,4% in weiterführenden Schulen - folglich ist der Anteil der Schwarzen in weiterführenden Schulen immer noch deutlich geringer als der Anteil der Weißen.

Das Durchschnittseinkommen der erwerbstätigen Schwarzen ist ebenfalls

gestiegen, obgleich die Zunahme nicht sehr bedeutsam ist: das Durchschnittseinkommen war 2006 nur 19 R\$ bzw. 3,93% höher als 1996. Im gleichen Zeitraum sank das Einkommen weißer Männer von durchschnittlich 1.044,20 R\$ auf 985,50 R\$, sodass sich die Annäherung schwarzer und weißer Einkommen vor allem hieraus ergibt. Die meisten der untersuchten Gruppen (weiße und schwarze Frauen sowie schwarze Männer) erfuhren eine Lohnerhöhung.

Die Diskrepanz der Einkommen ist trotz der Annäherung noch groß. Weißen steht nach wie vor nahezu doppelt so viel zur Verfügung wie Schwarzen - etwa ein monatlicher Mindestlohn mehr. Weitere Ergebnisse der Studie zeigen, dass Afrobrasilianer - vor allem schwarze Frauen - schlechter durch die Sozialfürsorge abgesichert sind als Weiße, früher ins Erwerbsleben eintreten und später in Rente gehen.

"Das Einkommen der Schwarzen ist extrem niedrig im Vergleich zu dem der Weißen und befindet sich in der Nähe des Mindestlohns" sagt Claudio Dedecca von der Wirtschaftsfakultät der Universität Campinas in São Paulo.

Dedecca erklärt die unterschiedlichen Entwicklungen der Einkommen von Schwarzen und Weißen damit, dass diese unterschiedlichen Bedingungen unterliegen. "Einkommensveränderung bei Weißen ist durch Tarifverhandlungen oder Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt bedingt. Daher folgten sie in den letzten 13, 14 Jahren der allgemeinen Senkung der Durchschnittslöhne. Die Lohnschwankungen der Schwarzen Arbeitnehmer hingegen sind mit der politischen Entwicklung des Mindestlohns verbunden."

Abgesehen von dem Wachstum, das von politischen Entscheidungen abhängt, schlagen die Lohnsteigerungen bei Schwarzen und die Lohnrückgänge bei Weißen nicht auf die Armutsminderung durch. Während 1996 46,7% der



Schwarzen arm waren, sank der Prozentsatz 2006 auf 33,2%. In der Praxis sind dies etwa 2 Millionen Arme weniger in einer Zeit, in der die brasilianische Bevölkerung um 32 Millionen gewachsen ist. Unter den Weißen liegt die absolute Zahl der Menschen, die die Armut verlassen haben, bei circa 5 Millionen, obwohl der Rückgang in Prozenten von 21,5% auf 14,5% geringer war. Fachleute, die sich mit der Frage der Ungleichheit zwischen den ethnischen Gruppen beschäftigen, sind sich darin einig, dass die Ursachen der Differenzen zwischen Schwarzen und Weißen historisch bedingt sind. Defizite in der Grundbildung und schlechter Zugang zu ihr, historische Erblasten von Jahrhunderten der Sklaverei und die Praxis, Afrobrasilianern schlecht angesehene Arbeitsplätze zu überlassen, sind unter anderem die Gründe der Unterschiede.

Nach Erkenntnissen des Soziologen Rogério Baptistini Mendes, Dozent der Fundação Escola de Sociologia e Política de São Paulo (Fesp-SP; Schulstiftung Soziologie und Politik São Paulo), versäumten es der brasilianische Staat und die Zivilgesellschaft nach dem Verbot der Sklavenehaltung, einen Arbeitsmarkt zu schaffen, der die Arbeitskraft der Schwarzen hätte auffangen können. Außerdem verbauten die Folgen der Kon-

zentration des Landbesitzes in Händen von reichen Großgrundbesitzern der schwarzen Bevölkerung den Zugang zu "demokratischen Wegen des sozialen, ökonomischen und kulturellen Aufstiegs".

"Die brasilianische Gesellschaft entstand in drei Jahrhunderten der Kolonialisierung und in vier Jahrhunderten der Sklaverei. Dadurch entwickelte sich eine Struktur der vollständigen ethnischen Trennung, welche zwar im 20. Jahrhundert überwunden wurde, aber nicht in der notwendigen Geschwindigkeit, die zu einer Demokratisierung der Gesellschaft geführt hätte", erklärt Baptistini. "Wir verfügen nicht über Verteilungsmechanismen für das Einkommen. Es ist, als lebten wir im 21. Jahrhundert noch in einer Sklavenhaltergesellschaft."

Der Ökonom Vinícius Garcia, Dozent für Sozialökonomie und Arbeit an der Universität Campinas, nennt räumliche Unterschiede als einen weiteren wichtigen



<http://causaefeito.wordpress.com/2008/05/14/salarios-de-brancos-e-negros-devera-permanecer-desigual-por-pelo-menos-30-anos/>
 "Gehälter von Weißen und Schwarzen in 32 auf einem Niveau, sagt Studie" "Gute Welt, Sebastiao!" "Ja Herr..."



Faktor, um die Konzentration der Armut unter den Schwarzen zu erklären. "Durch unsere Studie wird sichtbar, dass die schwarze Bevölkerung in weniger entwickelten Teilen des Landes, wie dem Norden und Nordosten, überrepräsentiert ist. In Regionen wie dem Südosten, welche eine dynamischere Wirtschaftsstruktur aufweisen, leben weniger Afrobrasilianer", betont Vinicius García.

Die Direktorin der Stiftung Palmares zur Bewahrung des afrobrasilianischen Erbes (Proteção ao Patrimônio Afro-brasileiro da Fundação Palmares), Bernardete Lopes, betont, dass die Studie der Ipea wichtig sei, um der Gesellschaft zu zeigen, dass die ethnische Diskriminierung in Brasilien nicht überwunden ist. "Ich glaube, dass diese Untersuchung einigen Menschen helfen wird zu verstehen, warum wir sagen, dass das Land "affirmative Akte" und Quotenregelungen benötigt. Sie zeigt, dass wir unter ethnischen Kriterien nicht in einer Demokratie leben und dass Diskriminierung nicht durch Armut, sondern durch ethnische Herkunft und Hautfarbe bedingt ist."

Rogério Baptistini sieht auch für die unterschiedlichen Bildungschancen von Schwarzen und Weißen in Brasilien historische Ursachen. "Die Republik Brasilien hat nie ein überall gültiges System gleicher Bildungschancen zuwege gebracht; unsere Bildung war nie demokratisch. Die Öffnung der Universitäten für die Qualifizierung der Ärmsten, in ihrer Mehrheit dunkelhäutig, ist noch sehr neu", sagt der Soziologe.

"Politische Maßnahmen, wie die Quoten für schwarze Schüler in öffentlichen Schulen, sollen dieses historische Ungleichgewicht in der brasilianischen Gesellschaft allmählich korrigieren, kratzen aber damit nur an der Oberfläche", erläutert Baptistini. "Von einer Republik haben wir nur den Namen."

Bernardete Lopes ist überzeugt, dass Verbesserungen auf diesem Gebiet not-

wendigerweise über Grundausbildung erfolgen müssen. "Ich glaube, es ist notwendig, dass die Qualität des öffentlichen Erziehungswesens vor allem in der Grundschule verbessert wird und wir Maßnahmen ergreifen, die es Kindern ermöglichen, in der Schule zu bleiben und diese nicht abzubrechen, um der Familie beim Lebensunterhalt zu helfen." Für die Leiterin de Fundação Palmares ist dies Teil des Weges zu einer ökonomischen Emanzipation der schwarzen Bevölkerung. Hierzu müssten die Kinder sich in der Schule aber auch wohlfühlen können: Einer Studie der Universität von Rio de Janeiro zufolge gehen dunkelhäutige Kinder auch deswegen nicht gern zur Schule, weil ihre Mitschüler ihnen hässliche Spitznamen geben.



Soziale Fortschritte und weiter große Armut

AUS: FRIEDEL HÜTZ-ADAMS: PLÄDOYER FÜR DIE FORTSETZUNG EINER ARMUTSORIENTIERTEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT, BROT FÜR DIE WELT, SÜDWIND E.V., JANUAR 2007, S. 44F, 48, GEKÜRZT.

Brasilien hat im sozialen Bereich erhebliche Fortschritte gemacht. Die offizielle Arbeitslosigkeit, die sich zwischen 2001 und 2004 auf 13,1% verdoppelte - Nichtregierungsorganisationen gehen von 15-20% aus -, ist durch Anziehen der Konjunktur auf unter 10% gesunken. Parallel dazu stiegen die zuvor rückläufigen Reallöhne leicht an. Offen ist, ob die Armen vom anziehenden Wirtschaftswachstum profitieren werden.

Politische Programme schafften es bislang nur in sehr geringem Maße, die Weitergabe der Armut von einer Generation auf die nächste zu verhindern. Der familiäre Hintergrund - Schulbildung der Eltern, Beruf des Vaters, ethnischer Hintergrund und Geburtsort - hat einen entscheidenden Einfluss auf die Chance der Kinder, der Armut zu entkommen.

Große Kluft zwischen Arm und Reich

Die Einkommensungleichheit innerhalb der Bevölkerung Brasiliens ist so hoch wie weltweit nur in wenigen anderen Staaten. Diese Ungleichheit der Einkommen hat ihre Wurzeln in der Kolonialzeit, stieg in den 1960er-Jahren weiter an und blieb zwischen 1970 und 2000 auf einem hohen Niveau. Seitdem sinkt die Ungleichheit leicht, liegt aber immer noch bei einem Gini-Index von knapp unter 60. Dies weist auf große Einkommensunterschiede hin:

Die reichsten 10% der Bevölkerung verfügen über 45,8% der Einkommen, die ärmsten 10% über 0,8%. Die reichste Bevölkerungsgruppe verfügt somit über das 57-fache Einkommen des ärmsten

Zehntels (BRD: 6,9-fache, UNDP 2005: 325).

Die ärmsten 50% der Bevölkerung verfügen über rund 10% der Einkommen und damit über weniger als das reichste 1%, das über 15% verfügen kann (Menezes-Filho/Vasconcellos 2004: 7).

Die Zahl der extrem Armen ist in Brasilien wesentlich höher als in anderen Staaten mit einem ähnlich hohen Pro-Kopf-Einkommen. Anders gesagt: 29 Mio. Menschen müssten nicht arm sein, wenn die Einkommen so verteilt wären wie in anderen Staaten. Die Kindersterblichkeit ist in der Gruppe der ärmsten 20% der Bevölkerung fast vier Mal so hoch wie bei den reichsten 20%.

Staatliche Transferleistungen haben die Einkommensungleichheit in einigen Bereichen verschärft. Dies gilt vor allem für die Pensionszahlungen der Regierung, die zu 61% dem Teil der Rentner zukommen, der zu den wohlhabendsten 20% der Bevölkerung gehört. Bei anderen öffentlichen Sozialleistungen profitieren zwar die armen Bevölkerungsschichten stärker, doch insgesamt erhalten die reichsten 20% der Brasilianer 38% der Sozialleistungen und die ärmsten 20% lediglich 25%.

Regionale Unterschiede

Nach Definition der brasilianischen Regierung waren 2003 knapp 32% der Menschen arm, da sie über weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens verfügen. Im boomenden Bundesstaat Santa Catarina liegt der Wert bei 12,1%. In sieben Bundesstaaten im Nordosten des Landes ist jedoch mehr als die Hälfte der Einwohner arm. Diese Armut verbindet sich mit großen Unterschieden beim Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung. In 600 besonders armen Gemeinden mit rund 26 Mio. Einwohnern liegt der HDI der Menschen auf dem Niveau derer in Uganda.

In den Regionen mit weit verbreiteter



Armut ist der Schulbesuch wesentlich niedriger als in den reicheren Regionen. In der Altersgruppe der 10- bis 15-jährigen besuchen im armen Norden nur 6% der Kinder die Schule, ohne nebenher zu arbeiten, im reicheren Südosten des Landes dagegen 43,5%. Damit wird das niedrige Bildungsniveau von einer Generation zur nächsten weitergereicht. Der niedrigere Bildungszugang für den armen Teil der Bevölkerung zementiert die Ungleichheit, da in Brasilien die Lohnunterschiede zwischen Arbeitsstellen, die eine höhere Qualifikation erfordern, und einfachen Tätigkeiten im internationalen Vergleich sehr hoch sind.

Diskriminierung von Frauen

Dass Bildung allein nicht ausreicht, um die Diskriminierung durch bestehende (männlich geprägte) Eliten auszugleichen, zeigt die Situation der Frauen in Brasilien. Seit den 1950er-Jahren ist die Zahl der Schuljahre, die Frauen absolviert haben, höher als die der Männer. Dennoch verdienen sie im Durchschnitt ein Drittel weniger als Männer. Zudem sind nur wenige Frauen in den Entscheidungspositionen von Unternehmen und Staat vertreten.

Verbreitete Armut auf dem Lande, wuchernde Favelas und Gewalt

Trotz einer Senkung der Armutsraten waren im Jahre 2000 noch mehr als 60% der auf dem Lande lebenden Menschen arm. Im Nordosten lag der Anteil bei mehr als 80%. Die Situation der ärmsten 20% der Haushalte hatte sich noch verschlechtert, da diese von Sozialhilfeprogrammen nicht erreicht wurden.

Eine wichtige Ursache der Armut ist die ungerechte Verteilung des Landes. Die Perspektivlosigkeit auf dem Lande sowie die zunehmende Industrialisierung führten dazu, dass immer mehr Menschen in die Städte abwandern. Der Anteil der StadtbewohnerInnen an der Gesamtbevölkerung stieg binnen 30 Jahren von 61% (1975) auf 83% (2003).

Ein erheblicher Teil von ihnen findet keine Arbeitsstellen, die ein Auskommen sichern, und versucht, irgendwie zu überleben. Über Nacht entstehen auf illegal besetzten Flächen Siedlungen. Die sogenannten Favelas stehen oft unter der Leitung des Anführers des lokalen Drogenkartells. Sie verfügen über gar kein oder nur ein informelles Wasser-, Abwasser-, sowie Elektrizitätsnetz, es fehlen öffentliche und soziale Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen oder Krankenstationen.

Brasilienweit addiert sich die Zahl der Tötungsdelikte auf jährlich mehr als 42.000. Die Handlungsstrategie der Verwaltungen lautet vielerorts, die ausufernde Gewalt durch den Einsatz von Gewalt zu bekämpfen. Amnesty International prangert in jedem Jahresbericht die massiven Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitsbehörden und Todesschwadronen an. Allein in Rio de Janeiro und São Paulo wurden zwischen 1999 und 2004 mehr als 9.000 Tötungen durch die Polizei erfasst. Nur ein geringer Teil dieser Vorfälle wird untersucht.

Neue Entwicklungsstrategie der Regierung?

Die stark zersplitterte Parteienlandschaft im Kongress, verfassungsrechtliche Bestimmungen und Probleme in der Justiz erschweren die Durchsetzung einer Reformagenda. Das von Korruptionsskandalen und einer illegalen Parteienfinanzierung erschütterte Regierungsbündnis ist sehr instabil.

Die sozialpolitische Bilanz der ersten Regierungszeit Lulas ist durchwachsen. Der Mindestlohn wurde zwar seit 1995 bis 2006 um real 100% angehoben, und die Sozialleistungen erreichen zunehmend die Armen. Die Lohnsteigerungen wurden jedoch zum größten Teil von der Vorgängerregierung beschlossen. Lula hat die angekündigten weiteren Erhöhungen nur zu einem kleinen Teil umgesetzt.





http://poesiaecompanhia.files.wordpress.com/2007/12/mendigo_brasil.jpg

Dennoch stiegen die Einkommen der ärmsten Hälfte der Bevölkerung durch verbesserte Sozialeistungen und den Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 2003 deutlich an und die Zahl der extrem Armen ist rückläufig. Die Stimmen aus den armen Regionen des Landes und hier insbesondere des Nordostens sicherten die Wiederwahl Lulas.

Die Zahl der Armen sinkt allerdings trotz des beschleunigten Wirtschaftswachstums nur langsam. Eine Reihe der von der Regierung angeschobenen Programme zur Unterstützung der Armen musste aufgrund von Erfolglosigkeit eingestellt werden. Lediglich die "bolsa familia" (das "Familienstipendium"), das verschiedene Programme verknüpft und Sozialhilfezahlungen an das Vorhandensein von Impfausweisen, Schulbesuch, medizinische Vorsorgeuntersuchungen und Fortbildungsprogramme knüpft, ist relativ erfolgreich. Die Reform des Erziehungswesens scheitert dagegen ebenso wie die Universitätsreform am Streit der

Parteien im Kongress über den richtigen Weg.

Es bleibt abzuwarten, ob es Lula in seiner zweiten Amtsperiode gelingt, mithilfe der durch das Wachstum der Wirtschaft steigenden Steuereinnahmen, verstärkt soziale Reformen durchzusetzen und so die Armut zu lindern.



Vom Nord-Süd zum Arm-Reich-Gegensatz

VON FRIEDEL HÜTZ-ADAMS, AUS: CHINA, INDIEN, BRASILIEN UND SÜDAFRIKA: VOM NORD-SÜD ZUM ARM-REICH-GEGENSATZ IN HANDELS- UND FINANZFRAGEN, BROT FÜR DIE WELT / SÜDWIND E.V., MAI 2007, GEKÜRZT.

Die zunehmende Einbindung Chinas, Indiens, Brasiliens und Südafrikas in den Weltmarkt führt zu Machtverschiebungen bei den Verhandlungen über neue Handelserleichterungen. Sowohl innerhalb der WTO als auch bei bilateralen und regionalen Abkommen sind die etablierten Industrienationen nicht mehr in der Lage, ihre Interessen ohne größere Abstriche durchzusetzen. In die Debatte über eine Reform der Internationalen Finanzinstitutionen ist durch die verstärkte Rolle der vier Staaten im weltweiten Finanzsystem ebenfalls Bewegung gekommen. Die neue Dynamik berührt die Zusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen sowohl mit diesen vier Staaten als auch die Kooperation mit anderen Schwellen- und Entwicklungsländern auf verschiedenen Ebenen. Dies reicht von den Bestrebungen zur Schaffung von Sozial- und Umweltstandards in globalen Regelwerken für Handels- und Finanzbeziehungen bis hin zur Rolle von Konzernen.

Durch die politische und wirtschaftliche Stabilisierung des Landes ist Brasiliens Rolle in der Weltpolitik in den letzten Jahren deutlich stärker geworden. Das Land strebt nach einem Sitz im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen und nimmt am G8-Prozess teil.

Handel

Brasilien konnte seine Exporte seit 1995 verdreifachen. Das Land hat nur wenige bilaterale Handelsverträge abgeschlossen, die zudem nicht weitgehend sind. Auch scheiterte bislang der Ausbau des Mercosur zu einer umfassenden Wirtschaftsgemeinschaft, die einen Gegenpol

zur EU, den USA und China bilden könnte.

Die Verhandlungsführung Brasiliens innerhalb der WTO setzt auf eine enge Kooperation mit der G20 und den NAMA 11. Zugleich lässt sich die Regierung durch ihre Bereitschaft, im kleinen Kreis gemeinsam mit Indien Gespräche mit den USA, der EU und Japan zu führen, auf die intransparenten Verhandlungsstrukturen der WTO ein.

Der Druck der Agrarlobby, die die Agrarexporte des Landes massiv ausbauen will, könnte zu einer einschneidenden Veränderung der Handelspolitik führen. Dies wäre nicht nur ein empfindlicher Rückschlag für die Schwellen- und Entwicklungsländer, die sich gegen Liberalisierungen der Märkte wehren. Betroffen wären auch die kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetriebe Brasiliens, die dann noch mehr unter den Druck der Großbetriebe geraten würden. Die arbeitsintensiven Branchen der Industrie, die bereits unter den steigenden Einfuhren aus China leiden, opponieren ebenfalls gegen den Tausch von zusätzlichen Marktzugängen für die Produkte der Großbetriebe des Agrarsektors gegen Zolllenkungen im Güterhandel.

Finanzbeziehungen

Derzeit fordert die Regierung Lula eine grundlegende Stimmrechtsreform bei IWF und Weltbank. Eine stärkere Einbindung Brasiliens in die bestehenden Strukturen und der damit verbundene Machtzuwachs könnten dazu führen, dass das Land mit kosmetischen Korrekturen an den Machtverhältnissen zufrieden ist.

Herausforderungen für Nichtregierungsorganisationen

Handel

Die wirtschaftliche Vormachtstellung Chinas, Indiens, Brasiliens und Südafrikas in ihren Heimatregionen sowie im



Handel mit kleineren Entwicklungsländern wird dazu führen, dass die vier Länder bei zukünftigen Handelsabkommen lukrative Geschäftschancen über entwicklungspolitische Interessen stellen. Für deutsche Nichtregierungsorganisationen bedeutet dies, dass sie sowohl in Kooperation mit Partnern in den vier Staaten als auch mit Partnern aus anderen Entwicklungsländern die Positionen Chinas, Indiens, Brasiliens und Südafrikas bei den Handelsgesprächen sehr genau beobachten müssen.

Unternehmen

Deutsche Unternehmen, die in steigendem Maße in China, Indien, Brasilien und Südafrika aktiv sind, sollten zur Umsetzung der Kernarbeitsnormen der ILO gedrängt werden.

Ein wachsendes Problem ist die Expansion multinationaler Unternehmen aus China, Indien, Brasilien und Südafrika. Vor allem der Erwerb von Rohstoffvorkommen in Entwicklungsländern mit einer schwachen zivilgesellschaftlichen Struktur birgt die Gefahr, dass dort in der Produktion äußerst niedrige Umwelt- und Sozialstandards gelten.

Daher müssen Strategien entwickelt werden, wie die Gruppen in den betroffenen Ländern so unterstützt werden können, dass sie über das Vorgehen der Multis aufklären und Widerstand organisieren können. Es müssen Wege gefunden werden, wie von Deutschland aus der Druck auf Unternehmen aus China, Indien, Brasilien und Südafrika aufgebaut werden kann. Ein wichtiger Baustein bei diesen Bemühungen kann der Aufbau von Dreieckskooperationen deutscher Nichtregierungsorganisationen mit Partnern aus China, Indien, Brasilien und Südafrika sowie mit den Betroffenen anderer Entwicklungsländer sein.

Finanzbeziehungen

Chinas, Indiens, Brasiliens und Südafrikas Verhandlungsstrategien über eine

Stimmrechtsreform bei IWF und Weltbank sollten genau beobachtet werden. Maßstab der Nichtregierungsorganisationen müsste dabei die Frage sein, ob die Länder die Stärkung der eigenen Position in den Mittelpunkt stellen oder die der kleinen Schwellen- und Entwicklungsländer.

Fazit: Vom Nord-Süd- zum Arm-Reich-Gegensatz

Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas, Indiens, Brasiliens und Südafrikas zu Mächten mit internationaler Bedeutung verändert die internationalen Wirtschaftsbeziehungen nachhaltig. Dies hat direkte Auswirkungen auf die politischen Konstellationen. Der derzeitige Verhandlungsstand in der WTO macht dies deutlich.

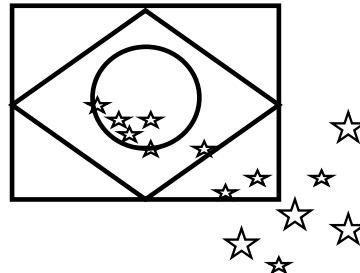
Ähnlich ist die Situation in den internationalen Finanzbeziehungen. Dies bedeutet allerdings keineswegs, dass auch die Chancen zu einer Verringerung der weltweiten Armut gestiegen sind. Die Armen profitieren - wenn überhaupt - in China, Indien, Brasilien und Südafrika nur begrenzt vom neuen Reichtum ihrer Eliten. Auf internationaler Ebene droht eine ähnliche Entwicklung: Aus dem Nord-Süd- wurde ein Arm-Reich-Gegensatz. Der Vormarsch von Unternehmen aus den vier untersuchten Staaten ist ein deutlicher Hinweis auf diese Entwicklung. Daher ist es aus entwicklungspolitischer Sicht kein großer Fortschritt, wenn China, Indien, Südafrika und Brasilien in den internationalen Verhandlungsforen über Wirtschaftsfragen ihren steigenden Einfluss geltend machen. Zwar ist es zu begrüßen, dass etwa Brasilien und Indien in der WTO auf Augenhöhe mit der EU und den USA verhandeln, doch angesichts der Eigeninteressen dieser Staaten bedeutet dies nicht, dass zukünftige Verhandlungsergebnisse stärker die Interessen der Armen berücksichtigen, als dies bisher der Fall war. Dies gilt sowohl innerhalb der Staaten als auch im Verhältnis zu anderen Schwellen- und



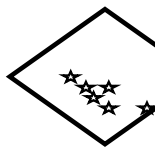
Entwicklungsländern. Die Einbindung der vier Staaten in Gremien der WTO, des IWF oder in informelle Runden wie die G8-Gipfel droht so zu einer Scheindemokratisierung dieser Verhandlungsforen zu

werden. Für die Armen in den beteiligten Staaten sowie den anderen Entwicklungsländern wird dies dagegen keine Stärkung der eigenen Machtposition nach sich ziehen.

Aktuelle Nachrichten aus Brasilien



Brasilicum



Dass von der **Kooperation Brasilien (KoBra) e.V.** herausgegebene **Brasilicum** informiert zehn mal jährlich über die aktuellen Geschehnisse in Brasilien. In einem handlichen Heft sind Nachrichten aus Politik, Wirtschaft und dem Umweltbereich zusammengefasst. Der Schwerpunkt liegt auf Nachrichten aus den sozialen Bewegungen zur Agrarfrage, Soja-Anbau, Indigenenpolitik, Menschenrechten und Tropenwaldfragen.



Die Nachrichten werden auf der Grundlage von Informationen aus brasilianischen elektronischen Netzwerken und dem Internet zusammengestellt. **Brasilicum** ist gedacht als Informationsquelle für Politik, Presse, Medien, Vereine, Verbände und Institutionen sowie für alle Interessierten.

Das **Brasilicum** kann bei KoBra zum Preis von 20 Euro jährlich per Post oder von 16 Euro jährlich per e-mail abonniert werden.

Weitere Informationen auf den Websites:
www.kooperation-brasilien.org und www.tropenwaldnetzwerk-brasilien.de

Eine Initiative des Zusammenschlusses "Runder Tisch Brasilien". Von den Organisationen des Runden Tisches Brasilien gefördert. Mitglieder: Brot für die Welt, Stuttgart / Caritas International, Freiburg / CPT-Comissão Pastoral da Terra (Landpastoral), Goiânia, Brasil / Deutsches Carajás Forum DCF, Berlin / Evangelischer Entwicklungsdienst EED, Bonn / FIAN International, Heidelberg / Heinrich Böll-Stiftung, Berlin / HEKS - Hilfswerk Evangelische Kirchen Schweiz, Zürich / Kindernothilfe, Duisburg / Referat Entwicklung und Politik, Nürnberg / KoBra e.V., Bundesweiter Zusammenschluss der Brasilienolidarität, Freiburg / Mission EineWelt - Neuenhettelsau / Misereor - Bischöfliches Hilfswerk, Aachen / MZF - Missionszentrale der Franziskaner, Bonn / Ökumenische Werkstatt, Kurhessen-Waldeck.

IMPRESSUM

Herausgeberin: Kooperation Brasilien - KoBra e.V., Freiburg im Breisgau, V.i.S.d.P.: Kirsten Bredenbeck
Redaktion: Almute Heider, Hannah Riede, Helge Kaltenbach, Kirsten Bredenbeck, Jürgen Stahn, Uta Grunert. **Layout:** Fabiana Cenzi

Redaktionsschluss: im Regelfall 30. eines Monats.

Erscheinungsweise: jährlich 10 Ausgaben, davon 2 Doppelnummern. Auflage: 300 Exemplare

Jahresabo: 16 Euro für Mailbezug, 20 Euro für Bezug per Post

Bezug: KoBra - Kooperation Brasilien e.V., c/o iz3w, Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg i.Br., T 0761-600 69-26, F -28, info@kooperation-brasilien.org, kooperationbrasilien@googlemail.com,

